

BERLIN MORGEN

VLADIMIR LUSIN

**TICKETPREISE
ERHÖHEN SICH ZUM
JAHRESBEGINN**

KERSTIN THOMANEK

**49-EURO-TICKET SOLL
BALD ERHÄLTICH SEIN**

INGO NOACK

**MIETEN STEIGEN
WIEDER SCHNELLER AN**

LARS WEBER

**EU-KOMMISSION GIBT
GRÜNES LICHT FÜR
GASHILFEN**



Lebensmittelpreise steigen weiter an



HEINZ KÖLZER

**EU SETZT SICH FÜR VERSCHÄRFTEN
PATENTSCHUTZ EIN**

INGO NOACK

**MIETEN STEIGEN WIEDER
SCHNELLER AN**



Inhaltsverzeichnis

05



04 DIE POLITIK

11 DIGITAL

18 GESELLSCHAFT

23 KULTUR

30 WELTNACHRICHTEN

39 WIRTSCHAFT

46 WISSEN

52 SPORTS



Die Fotos in diesem Magazin stammen von [shutterstock.com](https://www.shutterstock.com) -
die Bildnachweise finden Sie hier: [https://berlinmorgen.de/
bildnachweise/](https://berlinmorgen.de/bildnachweise/)



Berlin Morgen – Magazin am Puls der Zeit

Berlin Morgen gibt es Online und als Print-Ausgabe. In jedem Fall aber aktuell, informativ und unabhängig.

Unsere Autoren kommen aus den unterschiedlichsten Berufen, sind leidenschaftliche Texter und interessiert am Geschehen in Berlin, Deutschland und der Welt. Diese Vielfalt und Vielseitigkeit garantiert verschiedene Blickwinkel. Aber eines verbindet sie alle: sie möchten informieren und dabei sachlich bleiben, schwarz-weiß gemalt wird hier nicht.

Denn die Welt ist zu bunt für Einseitigkeit.

Deshalb ist Berlin Morgen die passende und dringend notwendige Ergänzung zu den sonstigen Informationskanälen. Wir bieten Neues und Verlässliches aus vielen Themenbereichen, wie zum Beispiel Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Wissen und Sport. Wir bringen es zu Ihnen nach Hause, jederzeit erreichbar und abrufbereit.

Berlin Morgen ist neu und modern und Berlin Morgen ist am Puls der Zeit - damit Sie wissen, was hier und auf der Welt passiert.

Begleiten Sie uns mit konstruktiver Kritik, Rat und Anregungen.

INGO NOACK

Chefredakteur

VORWORT

Energiesparhilfen für einkommensschwache Haushalte

Von Heinz Kölzer

Das Projekt "Stromspar-Check" wird mit einer Fördersumme von 38 Millionen Euro für weitere drei Jahre fortgeführt

Robert Habeck stärkt Energiesparhilfen für einkommensschwache Haushalte



Energiesparhilfen für einkommensschwache Haushalte – Durch diese Hilfen sollen diese Haushalte in die Lage versetzt werden, ihren Strom- und Gasverbrauch zu reduzieren und dadurch Kosten zu sparen.

Um strukturschwachen Haushalten zu helfen, gibt die Bundesregierung Beratung und Zuschüsse für energiesparende Geräte, um Strom und Wärmeverbrauch zu reduzieren.

Das Projekt „Stromspar-Check“ wird bis 2026 mit einer Fördersumme von rund 39 Millionen Euro unterstützt, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) bereitgestellt werden.

Im April 2023 wird das neue Programm starten, wobei der Fokus der Einsparung noch stärker auf dem Heizenergieverbrauch liegen wird.

39 Millionen Fördersumme für Stromspar Check

Hierfür werden die Stromsparberater in den 150 beteiligten Städten und Landkreisen speziell ausgebildet.

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck: „Mit den Stromspar-Checks erhalten Menschen mit kleinen Einkommen sehr wichtige kostenlose Beratungsangebote. Das ist gerade in diesen Zeiten sehr hilfreich.“

Natürlich ist der Stromsparcheck nur ein Baustein neben den beschlossenen Verbesserungen beim Bürgergeld, dem Heizkostenzuschuss, dem Wohngeld und den Preisbremsen insgesamt.

Aber es ist ein wichtiger: Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten mit den Stromsparchecks direkt in ihrem Zuhause konkrete Einspartipps und kostenlose Sparhelfer, wie energiesparende LED-Lampen, wassersparende Duschköpfe, schaltbare Steckerleisten oder Abdichtmaterial zur Wärmeeinsparung.

Damit können kleine, aber wirksame Maßnahmen sofort umgesetzt werden, das hilft schnell, Energie zu sparen.“

Vom BMWK geförderte Programm für Menschen mit geringem Einkommen – Energiesparhilfen für einkommensschwache Haushalte

Das vom BMWK geförderte Programm steht insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, wie Bürgergeldempfänger, Geringverdiener und Rentner, zur Verfügung und ist kostenlos.

Sie können Zuschüsse von 100 bis 200 Euro erhalten, um alte, energiehungrige Kühlschränke und Gefriertruhen gegen neue, energiesparende Geräte auszutauschen.

Personen, die keinen Standort des Programms in ihrer Nähe haben, können sich über das Internet oder per Telefon beraten lassen.

Das „Projekt Stromspar-Check“ wird vom Deutschen Caritasverband und dem Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands getragen und läuft seit Dezember 2008.

”

Neue Förderrichtlinie zum Umweltbonus tritt am 1. Januar 2023 in Kraft



Kurzarbeit steht vor der Verlängerung

Bundesarbeitsminister plant Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Von Vladimir Lusin

Kurzarbeitergeld steht erneut vor der Verlängerung

Kurzarbeit steht vor der Verlängerung – Während der Pandemie musste eine hohe Anzahl an Unternehmen die Arbeitszeit der Angestellten kürzen, um sich der geringeren Nachfrage anzupassen.

Die Bundesregierung brachte damals als Unterstützung der Betriebe sowie als Entlastung der Arbeiter das Kurzarbeitergeld auf dem Weg.

Diese finanzielle Unterstützung sollte sowohl Entlassungen in den Unternehmen verhindern als auch Fachkräfte davon abhalten, sich in anderen Branchen nach einem Job umzusehen.

Eigentlich war geplant, die finanzielle Unterstützung im Jahr 2022 langsam ausklingen zu lassen.

Der Krieg in der Ukraine sowie die daraus resultierende Energiekrise haben diese Pläne in eine andere Richtung gelenkt.

Hubertus Heil gibt geplante Verlängerung bekannt

Bundesarbeitsminister Heil gab in einem Interview bekannt, dass die Regelung zum Kurzarbeitergeld erneut verlängert werden müsse.



Das Kurzarbeitergeld habe sich als ein geeignetes Instrument erwiesen, um ein Ungleichgewicht in der Wirtschaft zu vermeiden.

Die Beschäftigten könnte weiterhin mit Überbrückungszahlungen rechnen, während die Unternehmen die verringerten Kosten nutzen, um nicht in die roten Zahlen zu rutschen.

Die Verlängerung soll bis zum 30. Juni 2023 gelten.



Sollte sich die Lage nicht verändert haben, muss spätestens im Frühjahr eine weitere Bewertung für eine erneute Verlängerung erfolgen.

Im Vergleich zur Pandemie ist die Kurzarbeit deutlich zurückgegangen – Kurzarbeit steht vor der Verlängerung

Während der Pandemie waren in einzelnen Monaten mehr als drei Millionen Arbeitskräfte auf die Zahlung von Kurzarbeitergeld angewiesen. Diese Zahl hat sich erst ab dem Herbst 2021 langsam reduziert.

Im Mai 2022 lag die Zahl noch bei 318.000 Arbeitskräften, welche diese Zuschüsse zum reduzierten Gehalt be-

kommen haben.

Im Zuge der Reduzierung der Unternehmen, die diese Leistungen beantragen, kann sich der Bundesarbeitsminister vorstellen, dass die staatliche Unterstützung auch auf Leiharbeiter erweitert wird.

Die Arbeitgeber wären dadurch weniger schnell dazu gezwungen, Entlassungen auszusprechen.

Heil sieht darin die Möglichkeit, auch diese Arbeitskräfte an den Vorteilen des Kurzarbeitergeldes teilhaben zu lassen.

Förderung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen

Von Vladimir Lusin

Genehmigung für die Unterstützung von kooperativen Forstwirtschaftsprojekten wurde erteilt

Förderung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen – Die Europäische Kommission hat grünes Licht für eine verbesserte Förderung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen gegeben.

Diese sind ein wichtiger Aspekt, um den Kleinst-Privatwaldbesitzenden, deren Waldflächen im Durchschnitt 2,5 Hektar betragen, bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Flächen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen.

Die Europäische Kommission genehmigte nun die Förderung von forstwirtschaftlichen Zusammenarbeiten aus beihilferechtlicher Sicht.

Es müssen nur noch einige Änderungen am Fördergrundsatz vorgenommen werden, die in Kürze umgesetzt werden sollen, um diesen Gruppen eine größere Unterstützung zu ermöglichen, damit sie eine breitere Palette an Dienstleistungen für nachhaltige Waldbewirtschaftung anbieten können, wie beispielsweise die Planung von Maßnahmen, die Vermittlung von Unternehmen für ihre Umsetzung, die Kontrolle der Ausführung, die Vermittlung von Abnehmern für die Produkte aus den Wäldern oder die Einholung von Fördermitteln.

Darüber hinaus soll die Verbesserung der Unterstützung dazu beitragen, den negativen Trend des Rückgangs von Zusammenschlüssen zu verhindern, der zu einer Vernachlässigung der

Pflege von Wäldern beiträgt.

Bisher lag die Förderung der de-minimis-Auflage bei 200.000 Euro in drei Jahren.

Dies hat Selbsthilfeeinrichtungen erheblich darin beschränkt, ihre Dienstleistungen für Mitglieder auszuweiten oder sich an die wachsenden Herausforderungen anzupassen, wie zum Beispiel die Klimakrise oder den Erhalt der Artenvielfalt.

Förderung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen – EU-Kommission gibt grünes Licht



Um dies zu ändern, initiierte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) eine Notifizierung der Förderung bei der EU-Kommission, die jetzt zugestimmt hat. Damit kann das BMEL nicht nur ein Ziel des Koalitionsvertrages umsetzen, sondern auch einen wichtigen Baustein für die nachhaltige Waldpolitik hinzufügen.

In Deutschland gibt es derzeit etwa 1.500 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, die meisten davon sind freiwillige Zusammenschlüsse von Grundbesitzenden (Forstbetriebsgemeinschaften, FBGs).

Mehrere Forstbetriebsgemeinschaften können sich wiederum zu Forstwirtschaftlichen Vereinigungen zusammenschließen.

Zusammenschlüsse bedürfen immer der Anerkennung der nach Landesrecht zuständigen Behörden, nur dann sind sie auch förderfähig.





EU-Kommission gibt grünes Licht für Gashilfen

Von Lars Weber

Die EU-Kommission gibt Zustimmung zu den Plänen der Bundesregierung

EU-Kommission gibt grünes Licht für Gashilfen – Die deutsche Bundesregierung musste zum Erhalt einer konstanten Energieversorgung in den vergangenen Monaten zum Mittel der Verstaatlichung von Energieunternehmen wie Uniper greifen.

Im Zuge des europäischen Energiemarktes muss auch die Europäische Union diesen Plänen zustimmen.

Von offizieller Stelle ist die EU-Kommission hierfür zuständig.

Zuerst erfolgte die Abstimmung und spätere Zustimmung zur Verstaatlichung von Unternehmen, die ohne Unterstützung nicht mehr in der Lage gewesen wären, die Energieversorgung fortzusetzen.

Eine zweite Abstimmung hat jetzt ergeben, dass die EU-Kommission auch den Finanzhilfen an die verstaatlichten Unternehmen zustimmt.

Die EU stellt Bedingungen an die Zustimmung

Die von der EU-Kommission getroffene Entscheidung ist auch an Bedingungen geknüpft.

Eine dieser Bedingungen ist der Verkauf von Kraftwerken, die sich aktuell noch im Besitz von Uniper befinden.

Dazu gehören das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 in Deutschland sowie das Kraftwerk Gönyu, welches in Ungarn steht.

Eine weitere Voraussetzung ist die Öffnung von Gasspeichern und Pipelines für Mitbewerber.

Durch einen größeren Wettbewerb soll verhindert werden, dass die Energieversorgung in Deutschland und Europa noch einmal in die gleiche Krise wie in diesem Jahr gerät.

Zusätzlich müssen innerhalb eines Jahres Pläne vorhanden sein, die aufzeigen, wie der Ausstieg des Staats aus dem Unternehmen gestaltet werden soll.

Bedingungen gelten auch für die Hilfszahlungen an SEFE – EU-Kommission gibt grünes Licht für Gashilfen



Neben Uniper ist auch das Unternehmen SEFE (Safe Energy für Europe) in eine finanzielle Schieflage geraten. Das vom Bund verstaatlichte Unternehmen darf laut EU die vorgesehenen 6,3 Milliarden zusätzlichen Hilfszahlungen erhalten.

Die Bedingungen für diese Zustimmung sieht ebenfalls vor, dass sich die ehemalige Gazprom Tochtergesellschaft von einigen Geschäftszweigen verabschieden soll.

Dazu gehören Geschäfte, die in Mexiko, Rumänien oder der Schweiz betrieben werden. Vergleichbar mit Uniper muss die deutsche Regierung auch für SEFE innerhalb eines Jahres einen Ausstiegsplan vorlegen.

Ticketpreise erhöhen sich zum Jahresbeginn

Von Vladimir Lusin

Fahrpreise für Busse und Bahnen steigen an

Im Januar 2023 erhöhen sich die Preise für Bus und Bahn. Ticketpreise erhöhen sich zum Jahresbeginn – Zum Anfang dieses Jahres müssen die Menschen in Deutschland nicht nur mit höheren Versicherungsbeiträgen sowie Kosten für Energie rechnen.

Zusätzlich haben zahlreiche Verkehrsbetriebe angekündigt, die Preise ebenfalls erhöhen zu wollen.

Diese Preiserhöhungen werden schon zum 1. Januar erhoben.

Die Fahrgäste erwartet somit bereits am ersten Tag des neuen Jahres ein höherer Preis für die Benutzung von Bussen sowie Bahnen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

Die Preiserhöhungen betreffen Tickets, die lediglich für eine Strecke gelten als auch die Fahrpreise von Monatstickets.

Die Preissteigerungen kommen somit bei allen Nutzern von öffentlichen Verkehrsmitteln an.

Die Preiserhöhungen fallen regional unterschiedlich aus



Für die Festlegung der Höhe einer Preissteigerung im öffentlichen Verkehrsnetz gibt es keine einheitliche Stelle, welche die angemessene Höhe festsetzt.

Vielmehr haben es die Unternehmen selbst in der Hand festzulegen, wie

hoch die einzelnen Fahrpreise im kommenden Jahr ausfallen sollen.

Wie sich schon jetzt zeigt, fallen die Unterschiede in der Höhe der angestiegenen Preise recht unterschiedlich aus.

Einige Verkehrsbetriebe erhöhen die Preise um durchschnittlich 1,4 %, während am anderen Ende die höchsten Preise um mehr als 8 % ansteigen werden.

Diese Entscheidung hat unter anderem der Rhein-Neckar-Verbund getroffen und die Fahrpreise um 8,3 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Nähere Informationen zum 49-Euro-Ticket fehlen noch immer – Ticketpreise erhöhen sich zum Jahresbeginn

Das 49-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland ist nach einer Konferenz von Bund und Ländern endlich beschlossene Sache. Dennoch bedeutet dies nicht, dass die Abklärung der Finanzierung auch weitere Details zutage befördert hat. Nach wie vor unklar ist unter anderem, wann das Ticket zum Kauf angeboten wird.

Bis zu diesem Zeitpunkt haben Menschen, die bevorzugt mit Bussen und Bahnen unterwegs sind, keine andere Chance als die erhöhten Fahrpreise zu bezahlen.

Das neue Jahr startet somit zunächst einmal ernüchternd für Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel in Deutschland.



Die Einspeisung von Flüssiggas nimmt Fahrt auf

Von Dirk Rauh

Der Fahrplan für deutsche Flüssiggas-Terminals schreitet wie geplant voran

Einspeisung von Flüssiggas nimmt Fahrt auf – Flüssiggas soll im Plan der Bundesregierung zu einer von Russland unabhängigen Energieversorgung ebenfalls einen Beitrag leisten.

Zu diesem Zweck wurde seit dem Frühjahr der Bau von eigenen Flüssiggas-Terminals weiter vorangetrieben.

Eröffnet wurde zum Ende der Woche nach dem Terminal in Lubmin auch das neu errichtete Terminal in Wilhelmshaven.

Der festgelegte Zeitplan konnte dadurch um einen Tag unterboten werden.

Betrieben werden die Terminals von Uniper, welches zwischenzeitlich verstaatlicht werden musste, um zu verhindern, dass eine Insolvenz die Energieversorgung in Deutschland in Gefahr bringt.

Die ersten LNG-Schiffe kommen an

Die Errichtung von Flüssiggas-Terminals ist nur der erste Schritt zu einer unabhängigeren und breit gefächerten Energieversorgung in Deutschland.

Im zweiten Schritt erfolgt die Belieferung mit Flüssiggas. LNG-Schiffe liefern dieses Flüssiggas über den Wasserweg direkt bis zu den Terminals.

Aus diesem Grund wurden ausschließlich Standorte ausgewählt, bei denen diesen Plänen für die Belieferung nichts im Wege stehen konnte.

Schon ab dem 22. Dezember soll das erste Gas aus den Terminals in das Netz eingespeist und den Gaskunden wie Privathaushalten oder Kunden aus der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Aktuell befinden sich die Flüssiggas-Terminals noch in der Testphase – Einspeisung von Flüssiggas nimmt Fahrt auf

Deutschland sammelt derzeit die ersten Erfahrungen im Umgang und der Nutzung von Flüssiggas. Aus diesem Grund wurde eine Testphase vereinbart. Diese Testphase läuft offiziell bis zum Ende des Monats Februar 2023.

In diesen Wochen sollen Daten gesammelt und aufgrund der gemachten Beobachtungen ein erstes Fazit gezogen werden. Sollte die Testphase erfolgreich verlaufen, wird die Anlage im kommenden Jahr auch für die kommerzielle Nutzung zugelassen.

Darin eingeschlossen ist die Versorgung von bis zu 80.000 Haushalten mit dem aus dem Flüssiggas gewonnenen Erdgas. Die Probezeit ist ebenfalls erforderlich, um auch die Sicherheit während einer dauerhaften Nutzung einschätzen zu können.



Gewalttaten gegen Polizei- und Rettungskräfte an Silvester

Von Kerstin Thomanek



Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärt zu den Gewalttaten gegen Polizei- und Rettungskräfte an Silvester



Gewalttaten gegen Polizei – „Millionen Menschen in Deutschland haben in der Silvesternacht friedlich gefeiert. Aber leider müssen wir auch eine bittere Bilanz ziehen: Chaoten und Gewalttäter haben mit einer massiven Brutalität Polizei- und Rettungskräfte attackiert, mit Böllern und Raketen beschossen, behindert, bedroht und in große Gefahr gebracht. Das ist ein Ausmaß an Gewalt, das fassungslos und wütend macht. Und es zeigt eine Verrohung, die konsequentes Handeln erfordert.

Die Strafvorschriften zum Schutz von Polizei- und Rettungskräften sind in den letzten Jahren – zu Recht – erheblich verschärft worden.

Wir sehen, wie notwendig das war. Jetzt müssen diese Strafvorschriften gegen Chaoten und Gewalttäter mit aller Konsequenz angewandt und durchgesetzt werden.

Empfindliche Freiheitsstrafen können verhängt werden

Empfindliche Freiheitsstrafen können damit verhängt werden.

Polizistinnen und Polizisten, Rettungssanitäter und Feuerwehrleute brutal zu attackieren, muss mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden.

Denn die Menschen, die uns alle schützen, müssen voll und ganz darauf vertrauen können, dass der Rechtsstaat auch sie schützt.

Gewalttaten gegen Polizei – Angespante Silvester Nacht

Ich danke allen Einsatzkräften

”

Gewalttaten gegen Polizei- und Rettungskräfte an Silvester

der Polizei, der Feuerwehren und Rettungsdienste sehr herzlich, die in der Silvesternacht in schwierigen und harten Einsätzen waren.

Ich danke der Polizei für ihr konsequentes Durchgreifen an vielen Orten – allein in Berlin mit über 100 Festnahmen. Jetzt müssen die Gewalttäter die strafrechtlichen Konsequenzen deutlich zu spüren bekommen.“ So Nancy Faeser in einer Pressemitteilung.

Ki-Kunst-App schlägt Wellen in den sozialen Medien

KI schafft neue Kunst?

KI-Kunst-App schlägt Wellen – Lensa AI sorgt mit seiner Funktion „Magic Avatars“ für Aufrührer in den sozialen Medien und löst eine Reihe ethischer Debatten über automatisierte Kunst aus.



Vom Rapper bis hin zum Konzertbesucher – offensichtlich haben alle Instagram benutzt, um die von der KI geschaffenen Abbilder zu teilen. Diese hochwertigen Selfies werden auf Basis des Ursprungsbildes des Nutzers erstellt und in verschiedenen künstlerischen Stilen bearbeitet.

Mithilfe der Fotobearbeitungsanwendung Lensa AI und ihrer „Magic Avatars“-Funktion werden die Selfies aufgemotzt, welche originale Bilder des Abbilds der Benutzer generieren, welche in diversen künstlerischen Stilen gerendert sind.

Lensa fungiert als Vermittler zwischen Stable Diffusion, dem Open-Source-KI-Tool, das es antreibt, und dem Porträtmotiv. Nachdem man 3,99 \$ für die Nutzung der Funktion bezahlt hat, kann man 10-20 Selfies hochladen und erhält daraufhin 50 stilisierte Porträts, welche aussehen, als stammten sie von einer Vielzahl von digitalen Künstlern.

”

Viele Sirenen und Handys blieben am Warntag stumm

Von Lars Weber

Reiz neuer Kunst Möglichkeiten

Dieser Reiz, das eigene Alter Ego aus z.B. Anime, Sci-Fi oder Märchenprinzessin zu visualisieren, brachte Lensa nach Veröffentlichung der Magic Avatars an die Spitze der kostenlosen Apps bei den App Stores von Apple und Google.

Lensa kann ein fantastisches Ausgangsmaterial sein, um ein spektakuläres Profilbild für die Partnersuche zu erstellen, doch viele Leute sind besorgt, was die Auswirkungen des Aufstiegs der Technologie sein könnten.

Lasst uns also einen Blick in die mysteriöse Abgründigkeit werfen, die mit einer neuen Technologie einhergeht.

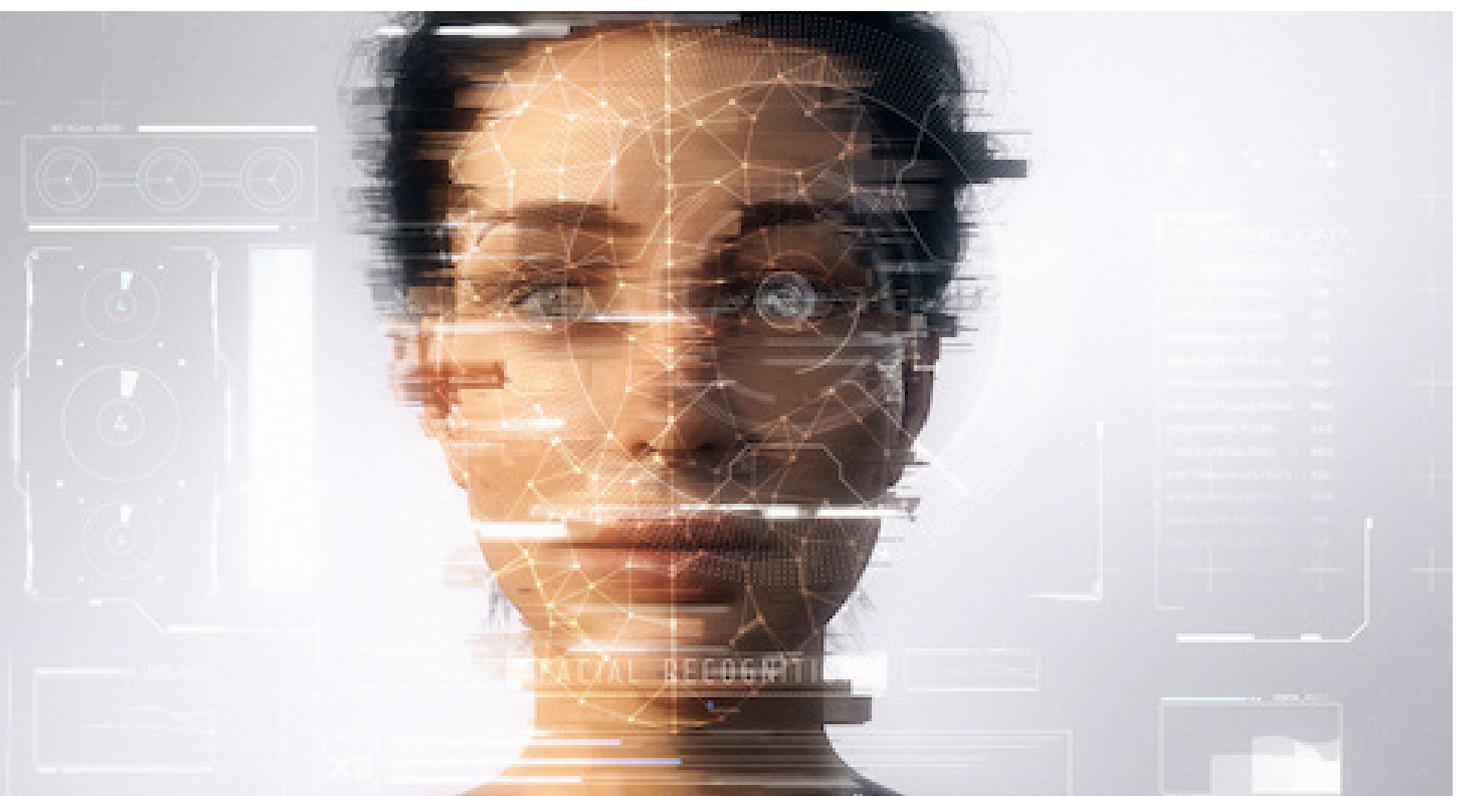
Einige Nutzer haben Bedenken hinsichtlich der Verwendung ihrer Fotos und persönlichen Daten durch Lensa geäußert.

Prisma sagt, dass es Ihre Selfies löscht, nachdem sie in Avatare verwandelt wurden, aber es verwendet sie, um seine neuronalen Netzwerke zu trainieren, und behält sich das Recht vor, persönliche Daten zur Verbesserung des Produkts zu verwenden.

Gefährliche Entwicklung oder doch nur Kunst – Ki-Kunst-App schlägt Wellen

Ethiker: Alles, was Sie brauchen, um Lensa für sexuelle Zwecke zu nutzen, sind ein paar Bilder des Opfers. Im Gegensatz zu menschlichen Künstlern kann die App nicht wirklich unterscheiden, was richtig und was falsch ist, und könnte leicht dazu verleitet werden, erotische Stilisierungen der eingegebenen Bilder zu erstellen.

Was kommt als Nächstes? Einige YouTuber haben zum Boykott von Lensa aufgerufen und fordern die Leute auf, für die nächste Runde gestylter Selfies einen Künstler aus Fleisch und Blut zu engagieren.



Epic Games muss Millionenstrafe zahlen

Fortnite-Entwickler in den USA zu Millionenstrafe verurteilt

Von Jan Graupner

Epic Games hat gegen den Kinderschutz verstoßen

Epic Games muss Millionenstrafe zahlen – Fortnite ist ein Spiel, welches sich mit den bunten Grafiken und teilweise kuriosen Charakteren, speziell an Kinder richtet.

In den USA wird dem Hersteller dieses Spiel, Epic Games,

jetzt vorgeworfen, gezielt Daten von minderjährigen Kindern, ohne die Erlaubnis der Erziehungsberechtigten zu besitzen, ausgewertet zu haben.

Dieser Vorwurf stammt von der in den USA ansässigen Verbraucherschutzbehörde FTC.

Im Zuge der angedrohten Geldstrafen ist es dem Hersteller

jetzt gelungen, mit der Behörde einen Vergleich zu schließen.

Konkret bezieht sich dieser Vergleich auf die Zahlung einer Geldstrafe sowie der Rückzahlung von Beträgen, die von noch nicht geschäftsfähigen Spielern entgegengenommen wurden.



Der Spieleentwickler muss eine Rekordstrafe zahlen

Beide Parteien haben sich im Verlauf des Vergleichs auf die Zahlung einer Summe von 520 Millionen US-Dollar auf.

Diese Summe teilt sich auf in eine Geldstrafe in Höhe von 275 Millionen US-Dollar sowie der Betrag für die Rückzahlung, der eine Höhe von 245 Millionen Euro aufweist.

Eine Strafzahlung in dieser Höhe

gilt in den USA sowie weltweit als derzeitiger Rekord.

Die Behörde hatte auch auf eine besonders hohe Strafe gedrängt, um an Epic Games ein Exempel zu statuieren.

Andere Hersteller von Games und Spieleapps sollen dadurch davon abgehalten werden, ein vergleichbares Vorgehen an den Tag zu legen.

Der Hersteller will den Schutz von Minderjährigen stärker fördern – Epic Games muss Millionenstrafe zahlen

Ein Verstoß gegen den Kinderschutz wurde in der Vergangenheit oftmals mit geringfügigen Strafen geahndet. Ein Grund, aus welchem die Strafe für den Fortnite-Entwickler anders

ausfällt, ist die Umgebung, in der sich die Kinder ausgehalten haben.

In den Chats des Spiels konnten Vertreter der Behörde nachweisen, dass Minderjährige sowohl Mobbing als auch sexueller Belästigung ausgesetzt waren.

Als Hersteller, der Kindern ohne Wissen der Eltern Zugriff auf diese Plattform gewährt hat, sieht der FTC Epic Games ebenso in der Verantwortung als auch die Verursacher dieser Taten.

Der Hersteller hat aus diesem Grund angekündigt, minderjährige Spieler in Zukunft besser vor solchen Angriffen schützen zu wollen.



Meta wehrt sich gegen geplantes US-Mediengesetz

Meta plant einen Boykott von Nachrichten

Neues amerikanisches Mediengesetz beunruhigt Social-Media-Plattformen

Meta wehrt sich gegen geplantes US-Mediengesetz – Der amerikanische Kongress steht kurz vor der Verabschiedung des Journalism Competition and Preservation Act.

Das neue Gesetz regelt den Umgang von Nachrichten und Meldungen mit Informationsgehalt auf den Plattformen von Technologiekonzernen.

Darin eingeschlossen sind weltbekannte Namen wie Twitter oder Facebook.

Das rechtsgültige Gesetz würde die Technologiekonzerne dazu verpflichten, Medienunternehmen am Gewinn der Nachrichten auf der Plattform zu beteiligen.

Die amerikanische Regierung möchte mit diesem Gesetz den traditionellen Journalismus unterstützen.

Medienvertreter hatten sich zuvor dafür eingesetzt, dass Nachrichten von Journalisten und nicht ungelerten Influencern gemacht werden sollten.

Meta stemmt sich gegen die Umsetzung der neuen Gesetzgebung

Von Lars Weber

Der Konzern Meta, zu dem die Tochtergesellschaft Facebook gehört, vertritt einen klaren Standpunkt zu dem geplanten US-Mediengesetz.

Über Sprecher ließ Meta mitteilen, dass der Konzern nicht plane, sich diesem neuen Gesetz zu unterwerfen.

Für das originale Konzept von Facebook würden Nachrichten nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Meta wäre bereit, auf die Verbreitung von Nachrichten über Facebook komplett zu verzichten.

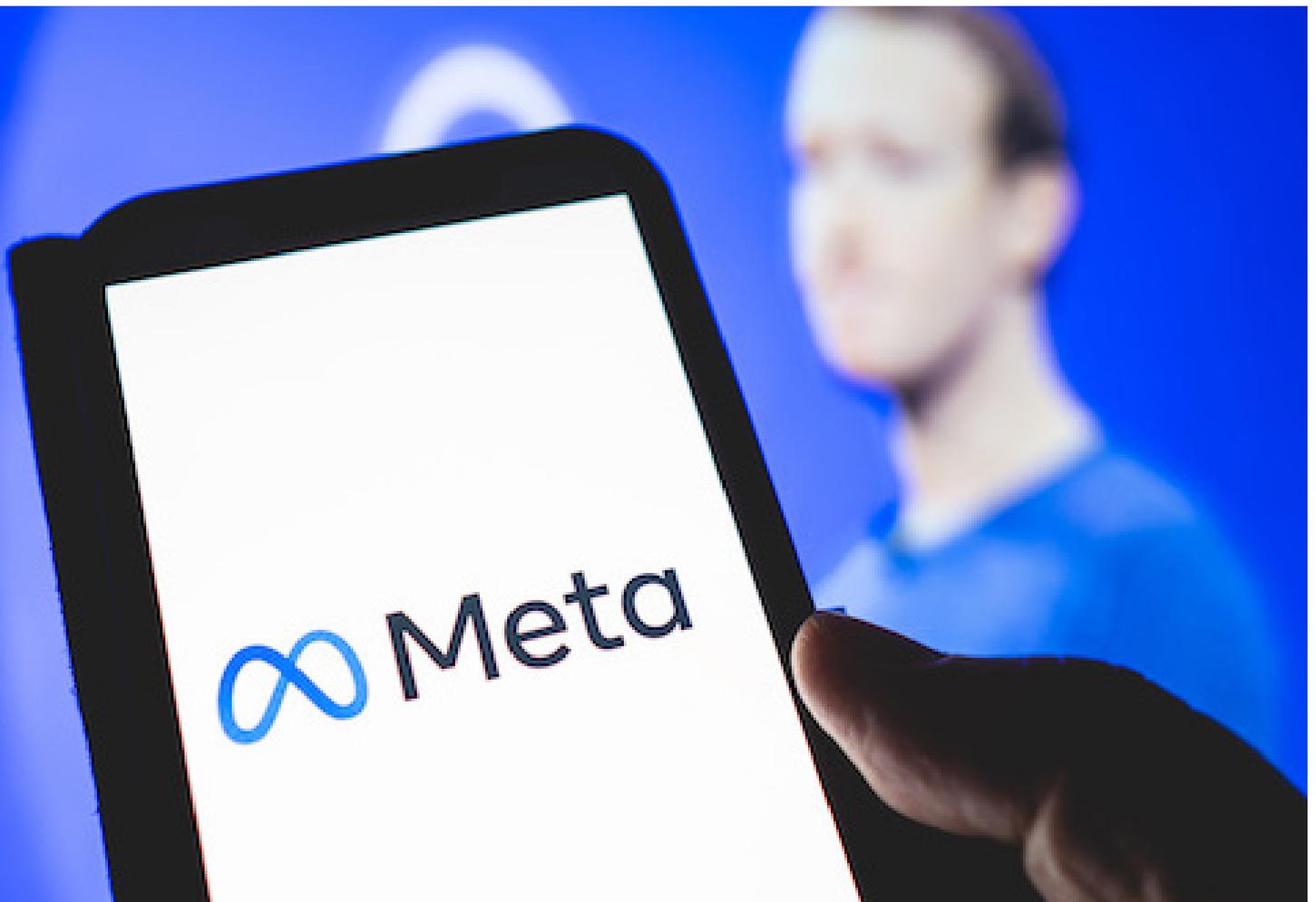
Der Konzern ist der Ansicht, dass die Medienunternehmen Facebook gezielt zur Verbreitung der eigenen Reichweite nutzen würden.

Das Bereitstellen dieser Plattform wäre eine unentgeltliche Leistung, die keine weitere Bezahlung erfordern würde.

Die USA sind nicht die Vorreiter dieser Gesetzgebung – Meta wehrt sich gegen geplantes US-Mediengesetz

Der amerikanische Kongress ist nicht die einzige politische Instanz, die sich mit diesem Thema befasst hat. Australien hat schon im März des Jahres 2021 ein vergleichbares Gesetz auf den Weg gebracht.

Zum damaligen Zeitpunkt ist Facebook mit diesem Thema weit weniger kritisch umgegangen. In Australien hat Facebook Verträge mit Medienvertretern geschlossen, um den Nutzern weiterhin Nachrichteninhalte zu präsentieren.



Will Elon Musk als CEO von Twitter zurücktreten?

Von Heinz Kölzer



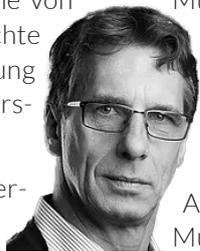
Kehrt Musk der Geschäftsführung von Twitter den Rücken?

Will Elon Musk als CEO von Twitter zurücktreten – Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk brachte schon vor der Unterzeichnung der Verträge einige Kontroversen mit sich.

Die Aufhebung von Twitter-Sperren von Konten wie zum Beispiel Ex-Präsident Donald Trump hat in den USA Diskussionen, um die Absichten von Musk ausgelöst.

Teilweise war sogar davon die Rede, dass die Plattform sich kurz vor der Abschaltung befinden würde.

Obwohl dieses Szenario nicht eingetroffen ist, zeigt sich, dass Elon Musk im Vergleich zu seinen anderen Unternehmen wie Tesla oder SpaceX Twitter mittlerweile eher stiefmütterlich behandelt.



In einem neuen Schachzug hat Musk jetzt einen möglichen Rückzug von der Position des CEO angekündigt.

Musk würde die Leitung von Twitter einem Nachfolger übergeben

Laut Elon Musks eigener Aussage könnte der Posten des CEOs jederzeit neu besetzt werden.

Als Zusatz zu dieser Aussage fügte Musk jedoch hinzu, dass es zunächst gelingen müsse, Bewerber zu finden, die „töricht genug wären“ sich dieser Herausforderung zu stellen.

Sollte es gelingen diesen neuen Geschäftsführer ausfindig zu machen, wolle sich Musk auf die Leitung der Softwareabteilung sowie des Server-Teams zu fokussieren.

Twitter selbst beschrieb Musk als ein Unternehmen, welches sich auf der „Überholspur in die Pleite“ befinden würde.

Die Nutzer von Twitter haben ebenfalls eine Stimme – Will Elon Musk als CEO von Twitter zurücktreten

Musk ist bekannt dafür, auch die Nutzer von Twitter an seinen Entscheidungen zu beteiligen. Dazu gehört es auch Umfragen online zu stellen. In der Abstimmung zu einem möglichen Neubesetzung des Postens des Geschäftsführers kamen 57,5 % der Stimmen zu dem Ergebnis, dass ein Neustart mit einem anderen CEO die beste Wahl darstellen würde.

Der Rückzug aus der Führungsspitze von Twitter wird auch von den Aktionären von Tesla begrüßt. Aus dieser Richtung schlug Musk ebenfalls Kritik entgegen.

Dort wird unter anderem angemerkt, dass Musk seit der Übernahme von Twitter seinen anderen Unternehmen nicht mehr die gleiche Zeit wie früher zur Verfügung stehen würde.

Moderne Kommunikationsmittel

Von Verena Günther-Gödde

Multitasking durch moderne Kommunikationsmittel

Moderne Kommunikationsmittel – Welche Auswirkungen haben die modernen Kommunikationsmittel auf die Arbeitswelt?

Diese Frage stellte sich der Thinktank „Next Work Innovation“ und untersuchte mehr als 600 Menschen.

Das Klientel bestand aus arbeitenden Menschen, die hohe kognitive Anforderungen erfüllen müssen und gleichzeitig sehr selbstständig handeln können.

Typischerweise sind sie weit mehr als 8 Stunden am Tag erreichbar.

Sie müssen viele Informationen in kleinen Zeiteinheiten verarbeiten und versuchen sich oft im Multitasking.

Weil sie mehrere Kommunikationsmittel nutzen.

Während eines Meetings schauen sie auf ihr Handy, und während eines Telefonats schauen sie auf den Bildschirm des Computers.

Moderne Kommunikation erzeugt Stress



Der Thinktank fand enttäuschende Ergebnisse. Moderne Kommunikationsmittel sind oft der Grund dafür, dass die Arbeit nicht gut erledigt werden kann. Die Studienteilnehmer mussten durchschnittlich innerhalb von 30 Minuten 2 Unterbrechungen hinnehmen.

Das versuchten sie mit einer Multitasking-Leistung in der gleichen Zeit auszugleichen. Dazu verleiten moderne Kommunikationsmittel immer wieder. Mal eben eine E-Mail nebenbei beantworten oder kurz eine WhatsApp einsehen.

Solche Vorgehensweise führen jedoch zu Stress. Zudem gaben die Probanden an, dass sie in der Summe wöchentlich mehr als einen Arbeitstag in Besprechungen verbringen, die ihr Aufgabengebiet gar nicht betreffen.

Firmenchats sind oft keine Hilfe, sondern eine Behinderung für den Fortgang der Arbeit. Denn eine kontinuierliche Vorgehensweise, die Konzentration erfordert, wird dadurch unterbrochen. Ideen gehen verloren, ebenso wie Energie.

Die Produktivität sinkt.

Moderne Kommunikationsmittel zeitweise stilllegen!

Die Thinktank-Forscher fordern eine stärkere Aufmerksamkeit für diese Probleme, die moderne Kommunikationsmittel hervorbringen.

Vor allem hilft die vorübergehende Abstinenz. Beim fokussierten Arbeiten sollten die Handys weggelegt und die Mailprogramme geschlossen bleiben. Oft reicht schon der Anblick des Handys aus, um abgelenkt zu werden.

Jede Unterbrechung hat die unangenehme Konsequenz, dass man sich in seine Arbeit neu hineindenken muss. Das Forscherteam hat analysiert, dass Unternehmen jährlich über 100 Milliarden Euro verlieren, weil moderne Kommunikationsmittel störend im Spiel sind.

Eine festgelegte Zeit zum Arbeiten ohne Störungen könnte Abhilfe schaffen. Schon 2 bis 3 Stunden täglich würden die Produktivität steigern.

Kommunikations Mittel fördern eine Erwartungshaltung von ständiger Erreichbarkeit. Aber das überfordert auch moderne Menschen.



Deutsche Post bietet keine Telegramme mehr an

Von Lars Weber



Deutsche Post stellt Telegramme ein
Deutsche Post bietet keine Telegramme mehr an – Pünktlich zum Ende des Jahres hat die Deutsche Post auch das Ende einer langjährigen Serviceleistung eingeläutet.

Nach Silvester 2022 bietet das Unternehmen in Deutschland keine Telegramme mehr an.

Damit endet ein Service, der sich in der Geschichte der Post in Deutschland auf einen Zeitraum von 150 Jahren erstreckt.

In dieser Zeit stellte das Telegramm über einen Großteil dieser Zeitspanne einen der schnellsten Wege für die zeitnahe schriftliche Kommunikation dar.

Langsam an Beliebtheit unter den Kunden verloren hat das Telegramm zunächst durch die Erfindung des Faxgeräts und später der blitzschnellen Kommunikation über Handys und Computer.



Die hohen Kosten waren für viele Kunden unattraktiv

Ein weiterer Grund für die stark gesunkene Nachfrage nach Telegrammen liegt in den Kosten, die für die Aufgabe der Nachricht entstehen.

Zwar hat die Deutsche Post die Annahme durch die telefonische Übermittlung erleichtert, was aber dennoch nicht über die hierfür entstehenden Kosten hinwegtäuschen konnte.

Allein für die Übersendung von 150 Zeichen entstehen als Telegramm Kosten von mehr als 10 Euro.

Hinzukommen zwei Faktoren, die für Kunden heute nicht mehr akzeptabel sind.

Der erste Faktor liegt in der begrenzten Anzahl an Zeichen.

Mehr als 1280 Zeichen darf ein Telegramm nicht aufweisen.

Der zweite Faktor besteht in der Zustel-

lung des Telegramms, welches mitunter erst nach Stunden oder am nächsten Werktag erfolgt und somit in keinem Vergleich zu einer E-Mail, SMS oder Nachricht über einen Messengerdienst steht.

Das Unternehmen will sich mehr zukunftsorientierten Produkten widmen – Deutsche Post bietet keine Telegramme mehr an

Nach dem Ende der Telefonzellen und jetzt des Telegramms wird deutlich, dass sich die Deutsche Post auf ein Angebot mit moderneren Serviceleistungen fokussieren möchte.

Dazu gehört auch ein Ausbau von individuellen Briefmarken sowie der leichtere Zugriff auf das benötigte Porto für Briefe und Pakete.

Die Deutsche Post will die eigenen Ressourcen daher für Produkte bündeln, die schon heute bei den Kunden eine entsprechende Nachfrage besitzen.

Foto des Monats



Wird die Elementarversicherung zur Pflicht?

Von Lars Weber

Landesregierungen stellen Forderung nach Elementarversicherungspflicht

Wird die Elementarversicherung zur Pflicht – Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat zahlreiche Existenzen von einem auf den anderen Tag auf den Kopf gestellt.

Zahlreichen Menschen stand nach Gesprächen mit der eigenen Versicherung noch ein zweites Mal ein böses Erwachen bevor.

Gebäude- und Hausratversicherungen ohne bestehende Elementarversicherung waren nicht dazu gezwungen, die Flut als einen Versicherungsfall anzuerkennen.

Diese Policen umfassen jeweils nur gängige Überschwemmungen, wie durch defekte Haushaltsgeräte oder geplatze Rohre im Haus oder auf dem Grundstück.

Um Versicherungsnehmer künftig vor einem kompletten Verlust von Hab und Gut zu schützen, planen einzelne Landesregierungen einen Vorschlag zur Einführung einer verpflichtenden Ele-

mentarversicherung einzubringen.

Dadurch wären gängige Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben ebenfalls versichert.

Die Bundesregierung stemmt sich gegen diese Pläne

Auf Ebene der Bundesregierung bahnt sich derzeit für den eingebrachten Vorschlag der Bundesländer noch keine Mehrheit an.

Bundesjustizminister Marco Buschmann äußerte sogar Bedenken, den Bürgern in der aktuell angespannten finanziellen Lage weitere Kosten aufzubürden.

Rein rechtlich betrachtet, wäre eine Verpflichtung zum Abschluss einer Elementarversicherung für Eigentümer aus der Sicht des Ministers jedoch umsetzbar.

Buschmann stellte den Bundesländern, die sich eine solche Regelung wünschen, eine Alternative in Aussicht.

In der Theorie wäre es möglich diese Regelung auf Länderebene umzusetzen

und dadurch dafür zu sorgen, dass ein umfangreicherer Versicherungsschutz besteht.

Probleme ergeben sich durch die verschiedenen Gefahrenzonen – Wird die Elementarversicherung zur Pflicht

Ein Problem, welches sich mit einer Verpflichtung zum Abschluss einer Elementarversicherung ergeben könnte, ist nicht nur mit den Versicherungsnehmern verbunden. Die Versicherer teilen das Risiko für den Eintritt eines Elementarschadens in verschiedene Gefahrenzonen ein.

In der höchsten Gefahrenzone ist es nicht ungewöhnlich, dass die Versicherer keinen Elementarschutz anbieten. In der Risikobewertung wird angenommen, dass die Einnahmen bei weitem nicht das Risiko abdecken, innerhalb weniger Jahre Millionenschäden ausgleichen zu müssen.

Dieser Plan könnte in der Versicherungsbranche somit ebenfalls für ein Nachbeben sorgen.





Mieten steigen wieder schneller an

Der Wohnungsmarkt erschwert die Suche nach bezahlbarem Wohnraum

Von Ingo Noack

Die Mietpreise nehmen wieder an Fahrt auf. Mieten steigen wieder schneller an – In den Jahren 2020 und 2021 war ein deutlich geringerer Anstieg der Mietpreise zu verzeichnen, als es in den Vorjahren zu beobachten war.

Die Pandemie hat sich in diesem Punkt als eine Bremse erwiesen.

Ein Großteil der Vermieter war zu diesem Zeitpunkt bemüht darauf zu achten, dass es den Mietern möglich war, den aktuellen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Nachdem die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt wurde, beginnen jetzt auch die Mietpreise erneut anzusteigen.

Allein im dritten Quartal des Jahres 2022 war ein Anstieg der Angebotsmieten um 5,8 % im Vergleich zu den Preisen des gleichen Zeitraumes im Jahr 2021.

Ein Blick auf die Bundesländer zeigt regionale Unterschiede

Nicht in ganz Deutschland sind die Mieten in einem gleichmäßigen Rahmen angestiegen.

Die höchsten Anstiege hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ermittelt.

In der Hauptstadt kletterten die Mieten um 8,3 Prozent nach oben.



In Brandenburg ist mit 9,1 % sogar ein noch höherer Anstieg zu verzeichnen.

Der Spitzenreiter bleibt jedoch Mecklenburg-Vorpommern mit 10,3 % Erhöhungen der Mietpreise im Vergleich zu den Vorjahreswerten.

Da der Wohnungsmarkt in Deutschland weiterhin als angespannt gilt, haben potenzielle Mieter zudem nur sehr wenig Spielraum, um über die Höhe der Mieten verhandeln zu können.

Der Immobilienbau ging in diesem Jahr zurück – Mieten steigen wieder schneller an

In der ersten Hälfte des Jahres waren es in erster Linie die gestiegenen Preise für Baumaterialien, die es der Baubranche erschwert haben, ihre Auftragsbücher komplett zu füllen. Inzwischen sind auch die durch den Anstieg des Leitzinses erhöhten Kosten für Baukredite hinzugekommen.

Zahlreiche zukünftige Bauherren haben ihr Bauvorhaben daher zunächst auf Eis gelegt, um mit dieser Wartetaktik in den nächsten Jahren mit einer günstigeren Finanzierung tausende von Euros sparen zu können.

Die geringere Anzahl an neu gebauten Wohnungen und Häusern entspannt die Lage auf dem Immobilienmarkt jedoch nicht, sodass auch im Jahr 2023 mit weiteren Erhöhungen der Mietpreise zu rechnen ist.

Weihnachtsmärkte müssen sparen

Von Olaf Hartmann



Weihnachtsmärkte müssen in diesem Jahr sparsamer sein

Weihnachtsmärkte müssen sparen – Vielen Menschen ist es beim Besuch des Weihnachtsmarktes bereits aufgefallen, dass sich in diesem Jahr einige Veränderungen ergeben haben.

Das beginnt bei vielen Märkten schon mit den Öffnungszeiten.

In zahlreichen Städten öffnen die Stände entweder später oder schließen früher.

Die Betreiber der Stände versuchen auf diese Weise die Zeiten, in denen besonders viele Menschen den Weihnachtsmarkt besuchen, auszunutzen und in den übrigen Zeiträumen möglichst viel Energie einzusparen.

Die Energiekrise ist damit auch offiziell auf den Weihnachtsmärkten in Deutschland angekommen.

Die Sparmaßnahmen sollen dabei helfen, das Aufstellen der Stände auch in diesem Jahr mit einem profitablen Geschäft zu verbinden.

Einige Städte sind bemüht darum Strom und Gas zu sparen

In den vergangenen Jahren haben sich Weihnachtsmärkte in echte Erlebnisstätten für die ganze Familie verwandelt.

Neben Geschenken und Produkten rund um die Weihnachtszeit dürfen bei zahlreichen Märkten auch Fahrgeschäfte und künstliche Eisflächen nicht mehr fehlen.

In diesem Jahr werden diese Erlebniswelten wieder traditioneller interpretiert.

Im Fokus stehen dadurch wieder mehr die handgefertigten Produkte sowie die kulinarischen Köstlichkeiten, die traditionell mit einem Weihnachtsmarkt in Verbindung gebracht werden.

Diese Entwicklung ist keineswegs dem Zufall zu verdanken, sondern von vielen Städten und Gemeinden im Vorfeld beschlossen worden.

Hintergrund für diese Entscheidung ist auch die Bitte der Bundesnetzagentur, mit der Energie in diesem Winter besonders sparsam umzugehen.

Einige Städte möchten nicht auf die Weihnachtsbeleuchtung verzichten – Weihnachtsmärkte müssen sparen

Weihnachtsmärkte sind nicht die einzigen Attraktionen, die pünktlich zum 1. Advent die Menschen in die Innenstädte locken. Die Weihnachtsbeleuchtung in den Städten sorgt ebenfalls dafür, das Weihnachtsgeschäft anzukurbeln.

In diesem Jahr stand lange Zeit nicht fest, ob es angemessen ist, bei Sorgen um Blackouts die Weihnachtsbeleuchtung dennoch zu installieren.

Städte wie Darmstadt haben sich im Vorfeld Gedanken zu diesem Thema gemacht und Lösungswege erarbeitet. Die Verantwortlichen in Darmstadt haben die ansonsten übliche Weihnachtsbeleuchtung durch LED Leuchtmittel reduziert.

Dadurch ist nur noch ein Bruchteil der Energie erforderlich, um die Innenstädte auch in der letzten Wochen des Jahres hell zu erleuchten.



49-Euro-Ticket soll bald erhältlich sein

Von Kerstin Thomanek

Details für das 49-Euro-Ticket stehen fest

49-Euro-Ticket soll bald erhältlich sein – Mehrere hochrangige Politiker haben das 9-Euro-Ticket als eine der erfolgreichsten Maßnahmen der Entlastungspakete beschrieben.

Weniger Einigkeit herrschte unter den Politiker auf Ebene des Bundes und der Länder dagegen bei der Festlegung eines Nachfolgers.

Seit Wochen ringt die Bundesregierung mit den Ländern um eine Einigung für die Finanzierung des 49-Euro-Tickets.

Diese Einigung soll jetzt nach einem Treffen aller Parteien endlich vorliegen.

In dieser Einigung ist vorgesehen, dass sich Bund und Länder die entstehenden

Kosten jeweils zur Hälfte teilen sollen.

Dieser Punkt hatte lange Zeit für Konflikte gesorgt.

Grund für die zähen Verhandlungen war die von der Regierung angesetzten Kosten von drei Milliarden Euro.

Aus Sicht der Bundesländer ist dieser Betrag infolge der steigenden Energiekosten zu niedrig angesetzt.

Das Nahverkehrsticket soll bundesweite Gültigkeit besitzen

Die Finanzierungsfrage ist nicht das einzige Detail, in welches mehr Licht gebracht werden konnte.

Eine Einigung besteht auch darüber, dass das 49-Euro-Ticket wieder bundesweit gültig sein soll.

Die Einschränkung liegt allerdings auf der Nutzung des Nahverkehrs.

Dem Fernverkehr zuzurechnende Verkehrsmittel verursachen infolgedessen auch weiterhin zusätzliche Kosten.

Finanzielle Entlastungen soll das neue Ticket in erster Linie für Pendler bieten, die aufgrund der steigenden Benzinkosten das Auto häufiger in der Garage lassen möchten.

Weiterhin spricht dieses Angebot Arbeitnehmer an, die nicht durch ihren Arbeitgeber ein vergünstigtes Ticket zur Verfügung gestellt bekommen.

Der exakte Starttermin ist noch immer unbekannt –

49-Euro-Ticket soll bald erhältlich sein

Eine der wichtigsten Fragen, konnten die verantwortlichen Politiker auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Gemeint ist damit der Verkaufsstart des Tickets.



Dieser Termin liegt aktuell nicht alleinig in der Verantwortung der Bundes- und Landesregierungen. Die EU muss ebenfalls zu diesen Plänen ihre Zustimmung erteilen.

Wie lange dieser Prozess dauert, scheint momentan noch nicht absehbar zu sein.

Das Bundesverkehrsministerium möchte allerdings an einem Einführungstermin im Frühjahr 2023 festhalten.



Lebensmittelpreise steigen weiter an

Von Erwin Schultz

Lebensmittelpreise steigen seit Beginn des Jahres konstant an

Lebensmittelpreise steigen weiter an – Die Inflation wird in der öffentlichen Diskussion am häufigsten mit den stark gestiegenen Energiepreisen in Verbindung gebracht.

In so gut wie allen deutschen Haushalten sind die Preise für Strom und Gas seit Beginn des Jahres stark angestiegen.

Die Preisbremsen für Energie sollen dagegen erst ab dem nächsten Jahr gelten.

Die Inflation hat jedoch nicht nur in diesem Bereich eine finanzielle Mehrbelastung zur Folge gehabt.

Die Preise für Lebensmittel haben sich ebenfalls stark erhöht.

In diesen Preissteigerungen ist zudem kein Auf und Ab der Preise zu beobachten. Die Preiserhöhungen kennen bei Lebensmitteln seit dem Frühjahr

nur noch den Weg nach oben.

Einige Produkte sind um mehr als 20 % teurer geworden

Statistische Auswertungen zeigen, dass die Preiserhöhungen für Lebensmittel auch die Inflationsrate von derzeit 10 % noch weit übersteigen.

Für den Kauf von Obst und Gemüse liegt die Preissteigerung bei derzeit 21 %.

Ein vergleichbarer Anstieg ist auch bei Brot und anderen Produkten aus Getreide zu beobachten.

Eier und Molkereiprodukte wie Milch und Käse übersteigen den durchschnittlichen Preisanstieg sogar um bis zu 34 %.

Die höchsten Preisanstiege sind bei Fetten und Speiseölen zu erkennen.

Mehr als 40 % sind die Preise bei diesen Produkten angestiegen.

Grund dafür ist unter anderem die ausgebliebenen Lieferungen von Sonnenblumenöl aus der Ukraine.

Der Reallohnverlust erlebt ein historisches Niveau – Lebensmittelpreise steigen weiter an

Das Jahr 2022 geht nicht nur aufgrund der Belastung der Inflation in die Geschichte ein. Der Reallohnverlust hat sich ebenfalls auf einer Ebene vollzogen, die als historisch zu bezeichnen ist.

Der Rückgang der Reallöhne wird bis zum Ende des Jahres mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Wert von 4,7 % erreichen.

Der Anstieg der Tariflöhne um 2,7 % kann in diesem Punkt den Wertverlust nicht mehr auffangen.

Dieses Kalenderjahr werden daher nicht nur Unternehmen als ein Verlustjahr verbuchen müssen.



Neues Bahnprojekt eröffnet

Strecke von Wendlingen nach Ulm nimmt Fahrt auf

Von Peter Rose



Der Winterfahrplan bringt eine deutliche Zeitersparnis mit sich

Neues Bahnprojekt eröffnet – Im Rahmen der Vorstellung des neuen Winterfahrplans der Deutschen Bahn liegt der Blick auch auf die Inbetriebnahme des neuen Streckenabschnitts zwischen Wendlingen und Ulm.

Nach der offiziellen Eröffnungen dieser Teilstrecke gehört dieser Streckenabschnitt jetzt ebenfalls zu einem festen Bestandteil der Strecke zwischen Stuttgart und Ulm.

Auf der Strecke sind Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 250 km/h möglich.

Bisher ist es geplant, dass ein ICE einmal täglich auf dieser Strecke fahren soll.

Der Regionalverkehr erfordert weniger Wartezeit und ist ab jetzt stündlich auf dieser neuen 60 km langen Strecke unterwegs.

Die Kosten liegen bei vier Milliarden Euro

Bauprojekte der Deutschen Bahn sind in der Regel mit immensen Kosten verbunden.

Darin bildet auch der Neubau dieser Strecke nach Ulm keine Ausnahme.

Die Bahn beziffert die Kosten auf eine Höhe von 4 Milliarden Euro.

Die hohen Kosten sollen sich durch das vermehrte Aufkommen an Fahrgästen über Jahre und Jahrzehnte gerechnet bezahlt machen.

Die Ersparnis der Fahrzeit auf dieser Strecke liegt mit dem neuen Streckabschnitt bei 15 Minuten.

Diese reduzierte Fahrzeit soll bevorzugt Pendler ansprechen, welche die Bahn dadurch als geeignete Alternative zum Fahrzeug betrachten können.

Dieses Projekt soll damit auch Menschen versöhnlich stimmen, die sich zuvor mit dem Bau von Stuttgart 21 nicht einverstanden gezeigt haben.

Das Bundesverkehrsministerium wünscht sich den weiteren Ausbau – Neues Bahnprojekt eröffnet

Das Schienennetz in Deutschland muss, um zukunftsfähig zu sein, nicht nur in der Region Ulm modernisiert werden. Zu dieser Einschätzung ist nicht nur die Deutsche Bahn, sondern auch das Bundesverkehrsministerium gelangt.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing fand daher lobende Worte für das fertiggestellte Bahnprojekt.

Gleichzeitig hob der Minister hervor, dass in Frankfurt derzeit bereits ähnliche Pläne umgesetzt werden, um das Schienennetz an wichtigen Knotenpunkten und viel befahrenen Strecken in naher Zukunft noch effizienter zu gestalten.



Bismarck-Saal umbenannt: Symbolpolitik im Auswärtigen Amt

Von Thomas Martini

Auswärtiges Amt benennt den Bismarck-Saal um und erntet Kritik

Bismarck-Saal umbenannt – Mit ihrer Entscheidung, den Bismarck-Saal im Auswärtigen Amt in „Saal der deutschen Einheit“ umzubenennen, stieß Außenministerin Annalena Baerbock bislang allgemein auf wenig Verständnis.

Die Tageszeitung „Junge Welt“ bezeichnet das Auswärtige Amt am 09.12.2022 als „Säuberungsbehörde des Tages“. Die BILD fragte sich drei Tage zuvor, ob die Grünen „unsere Geschichte bereinigen“ wollen?

Für das Nachrichtenportal „WELT“ rechtfertigte indessen der Autor Alan Posener das Vorgehen. Was „für manche frevelhaft klingen mag“, sei bloß konsequent.

Viel Kritik, wenig Lob für die Außenministerin

Posener deutete es als „überfälliges Symbol“, das signalisiere, dass die Bundesre-

publik „im Zeichen der Zeitenwende fest im westlichen Lager“ stehe.

Schade sei lediglich, dass Baerbock es versäumt habe, „dem Bismarck-Zimmer einen ordentlichen Namen zu verpassen“.

Etwa zehn Prozent der Leserinnen und Leser bei der „WELT“ teilen diese Meinung.

Quer über alle politischen Lager hinweg stehen Baerbock und ihre Partei aktuell in der Kritik.

Aber warum ließ das Auswärtige Amt den Bismarck-Saal überhaupt umbenennen?

CDU spricht von Geschichtsvergessenheit – Bismarck-Saal umbenannt

Ihr Vorgehen begründete die Behörde gegenüber der Presse so: Die Umbenennung trage „der historischen Entwicklung des Raums Rechnung, in dem zu DDR-Zeiten das Politbüro der SED

tagte“.

Zudem sehe das Auswärtige Amt, dessen Gründer Otto von Bismarck war, „seine Traditionslinie maßgeblich in der demokratischen Geschichte Deutschlands“ verankert.

Der CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt (59) kommentierte den Vorgang gegenüber der „BILD“ als „geschichtsvergessen, wie so vieles im Kampf der Grünen gegen alles, was nicht zum eigenen Weltbild passt“.

Intern zog das Auswärtige Amt andere Namen in Erwägung, seit Heiko Maas (SPD) 2018 in die Rolle des Außenministers schlüpfte. Dazu teilte das Auswärtige Amt mit: „Dieser Prozess wurde nun wieder aufgenommen und verschiedene Namensvorschläge im Nutzerkreis dieses Besprechungsraums diskutiert“.



Hohe Nachfrage nach Silvesterfeuerwerk

Händler erleben höhere Umsätze durch Silvesterraketen

Hohe Nachfrage nach Silvesterfeuerwerk – Der bundesweite Verkaufsstart von Feuerwerk fiel im Jahr 2022 auf den 29. Dezember.

Nach zwei Jahren der Pause waren viele Händler gespannt darauf, wie die Kunden auf den erneuten Kauf von Silvesterraketen und anderen Feuerwerksartikeln reagieren würde. Erste Nachfragen bei Händlern wie Supermärkten und Discountern zeigt, dass die Kunden teilweise schon vor der Öffnung Schlange gestanden haben, um über eine möglichst große Auswahl zu verfügen. Im Einzelhandel ist mit diesem erhöhten Aufkommen an Kunden auch die Hoffnung verknüpft, dass die Umsätze im Monat Dezember ein erfreuliches Plus im Vergleich zu den Vormonaten des vierten Geschäftsquartals aufweisen könnten.

Die Inflation bremst den Kauf von Raketen nicht

Eine große Unsicherheit des Handels zeigte sich in diesem Jahr auch aufgrund der über das Jahr stark erhöhten Inflation.

Einige Händler befürchteten aufgrund des sehr kurzen Verkaufsfensters auf einem Teil der Artikel sitzenzubleiben.

Wie sich nach den ersten Schätzungen des Einzelhandels jetzt herausstellt, scheint diese Sorge weitgehend unbegründet gewesen zu sein.



In einigen Supermärkten sei sogar von Szenen berichtet worden, in denen sich die Angestellten als Streitschlichter betätigen mussten.

Der von Stunde zu Stunde geringer werdende Bestand an Feuerwerk hatte zuvor zu Streit unter den Kunden geführt.

In einigen Bundesländern wie Bayern rechnet der Einzelhandel in Geschäften, die Feuerwerk führen, mit neuen Verkaufsrekorden für Raketen und Co.

Einige Händler entscheiden sich gegen den Verkauf von Feuerwerk – Hohe Nachfrage nach Silvesterfeuerwerk

Nicht alle Händler, die für gewöhnlich in den letzten Tagen des Jahres Feuerwerk in ihr Sortiment aufnehmen, haben sich auch in diesem Jahr am Verkauf beteiligt. Ein Beispiel hierfür ist die Baumarktkette Obi. Das Unternehmen teilte kurz vor dem Verkaufsstart mit, keine Raketen und andere Böller mehr anbieten zu wollen. Als Grund nannte das Unternehmen neben der hohen Feinstaubbelastung auch den Verzicht aufgrund der Belastung für Wildtiere sowie tausender Haustiere, die beim Abschuss des Silvesterfeuerwerks unter Panikattacken leiden.

”

Von Lars Weber

Händler erleben höhere Umsätze durch Silvesterraketen



Europäischer Gerichtshof fällt Urteil zu Leiharbeitern

Von Lars Weber

Europäische Richter beschäftigen sich mit Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern

Europäischer Gerichtshof fällt Urteil zu Leiharbeitern – Der Europäische Gerichtshof hat sich in den letzten Jahren immer wieder zu einem Schauplatz entwickelt, der auch für die deutsche Rechtssprechung von Bedeutung ist.

Dieser Umstand zeigt sich jetzt erneut mit einem Urteil zum Thema „Leiharbeit“.

Verhandelt wurde vor dem Gericht in Luxemburg ein Fall aus Deutschland.

Geklagt hatten Leiharbeiter, die in einem bayrischen Unternehmen eingesetzt waren.

Dort fiel die Bezahlung der Leiharbeiter bei gleichem Arbeitsumfang deutlich geringer aus.

Aus den Akten geht hervor, dass die regulären Arbeitskräfte einen Stundenlohn von 13,64 Euro erhielten, während die Leiharbeiter nur 9,23 Euro in der Stunde ausgezahlt wurde.

Im Urteil stellten die Richter des EuGH fest, dass diese Praxis nur angewendet werden darf, wenn die Leiharbeiter einen Ausgleich für den geringeren Lohn erhielten.

Der Fall geht zurück an das Bundesarbeitsgericht

Durch das gesprochene Urteil verweisen die Richter aus Luxemburg den Fall

zudem wieder zurück an das zuständige deutsche Bundesarbeitsgericht.

Diesen Rechtsweg hatten die Kläger zuvor bereits ausgeschöpft.

Das bedeutet, dass die deutschen Richter sich erneut mit diesem Fall beschäftigen müssen.

Die erneute Verhandlung gibt den Leiharbeitern die Möglichkeit, ihre Sichtweise des Sachverhalts erneut vorzubringen und mit dem Urteil des EuGH zu untermauern.

Die Chancen, die vorhandenen Rechte zukünftig auch vor einem deutschen Gericht leichter einzuklagen, sind durch den Richterspruch auf europäischer Ebene deutlich gestiegen.

Das Urteil hat Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft – Europäischer Gerichtshof

fällt Urteil zu Leiharbeitern

In der deutschen Wirtschaft sind sich Unternehmen, die Leiharbeiter beschäftigen, häufig bewusst, nicht zu 100 % im Einklang mit der Rechtssprechung zu stehen. Nur die wenigsten Leiharbeiter wagen dagegen den Schritt, sich auch rechtlich gegen diese unfairen Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen.

Mit einem gültigen Urteil könnten die Unternehmen gezwungen sein, einen angemessenen Ausgleich zu schaffen. Darunter fallen Bonuszahlungen für gute Arbeitsleistungen ebenso wie einen Ausgleich durch zusätzliche Urlaubstage.

Der Verhandlungsspielraum für Zeitarbeiter ist dadurch merklich größer geworden.



ESA plant den Bau von Solaranlagen im Weltraum

Von Kerstin Thomanek

Die ESA hat ehrgeizige Pläne zur Bekämpfung der Klimakrise?

ESA plant den Bau von Solaranlagen im Weltraum – Strom zu produzieren, ist eine Notwendigkeit für die moderne Gesellschaft.

Strom aus Kohlekraftwerken oder aus Atomenergie zu gewinnen, stellt für die Umwelt eine schon seit Jahrzehnten bekannte Belastung dar.

Die European Space Agency oder kurz ESA hat für dieses Problem eine Lösung erarbeitet.

Die ESA plant, Solaranlagen nicht auf der Erde, sondern im Weltraum zu errichten.

In den Solarzellen wird das von der Sonne ausgehende Licht noch vor dem Erreichen auf der Erde gebündelt.

Nötig wären dafür hunderte von Satelliten, welche die Solarpanels enthalten sollen.

Per Power Beam soll die Energie zur Erde gesendet werden.

Laut Berechnungen der ESA kann eine dieser Solaranlagen eine vergleichbar große Menge Energie am Tag liefern als ein Atomkraftwerk auf der Erde.

Die Stromversorgung aus dem All weist einige Vorteile auf

Solaranlagen auf der Erde sind bei stark bewölktem Himmel oder in der Nacht unbrauchbar und produzieren keine Energie.

Solaranlagen im Weltall sollen dagegen die gesamten 24 Stunden eines Tages mit der Produktion von Strom verbringen können.

Die Effizienz der Anlagen wäre somit auch unter Experten unstrittig vorhanden.

Uneinigkeit herrscht dagegen über die Frage, ob der Entwicklungsstand der Technik ausreicht, um dieses ehrgeizige Ziel der ESA heute schon in die Tat umzusetzen.

Das Zurücksenden der Energie per Mikrowellen auf die Erde soll wiederum nur Antennen erfordern, um den Strom aus dem All auf der Erde nutzen zu können.

Wie die Pilotprojekte und Versuchsreihen in Tests abschneiden, wird über die Zukunft dieser Technologie entscheiden.

Die ESA muss sich auch gegen Konkurrenz behaupten – ESA plant den Bau von Solaranlagen im Weltraum

Satelliten im All benötigen Platz, um die gewünschte Aufgabe zu erfüllen. In den letzten Jahren haben auch Unternehmen wie SpaceX das Weltall erobert. Das von Elon Musk betriebene Unternehmen hat mit Starlink gleich ein ganzes Netz an Satelliten in die Umlaufbahn befördert.

Die Abstimmung untereinander wird somit von einer größeren Konkurrenz geprägt. Der Umsetzung der Solaranlagen im Weltall könnten daher nicht nur die Kosten im Weg stehen.



US-Sanktionen gegen China Von Peter Rose

36 chinesische Unternehmen stehen auf schwarzer Liste

Chinesische Unternehmen bekommen amerikanische Sanktionen zu spüren

US-Sanktionen gegen China – Wirtschaftliche Sanktionen gegen ein anderes Land zu erheben, sind Maßnahmen, die ein gewisses Maß an Eskalation und Frustration voraussetzen.

Die USA haben sich zum Ende des Jahres dazu entschlossen, 36 chinesische Unternehmen auf die schwarze Liste zu setzen.

Das bedeutet, dass es auch amerikanischen Unternehmen untersagt ist, mit diesen Firmen Handel zu treiben.

Die amerikanische Regierung möchte dadurch verhindern, dass China in den Besitz von Technik gelangt, die nachträglich für militärische Zwecke oder Formen der Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten.

China wird von Menschenrechtsorganisationen seit mehreren Jahrzehnten dazu ermahnt, unter anderem Folter und Umerziehungslager im eigenen Land zu unterbinden.

Die chinesische Regierung kritisiert die Sanktionen

Eine Antwort der chinesischen Regierung auf die angekündigten Sanktionen ließ nicht lange auf sich warten.

Vertreter der Regierung in Peking bezeichneten die getroffenen Handelsbeschränkungen als „wirtschaftliche Schikane“.

Firmen wie der Yangtze Memory Technologies Company den

Zugriff auf amerikanische Produkte zu verweigern, sei durch die vorgebrachte Begründung nicht glaubhaft nachzuvollziehen.

Im Rahmen dieser Reaktion wurde zudem angekündigt, dass auch die chinesische Regierung inzwischen in Betracht ziehen würde, mit eigenen Sanktionen auf diese Maßnahmen der USA zu antworten.

China legt Beschwerde vor der Welthandelsorganisation ein – US-Sanktionen gegen China

Ein Schritt, den die chinesische Regierung nicht nur angekündigt, sondern bereits umgesetzt hat, ist das Einlegen einer Beschwerde vor der Welthandelsorganisation.

Speziell die Handelsbeschränkungen gegen die Chip-Industrie entbehren laut Ansicht Chinas jeglicher Grundlage. Die Beschwerden werden von der WTO entgegengenommen und können in einem Streitbeilegungsverfahren münden.

Den zwei streitenden Regierungen wird die Möglichkeit gegeben, sich zur Sache zu äußern. Im Mittelpunkt steht die Lösung von Handelskonflikten, sodass schon im Rahmen des Verfahrens versucht wird eine Lösung zu finden, die beide Seiten bereit sind zu unterzeichnen.

Diplomatie wird während des Verfahrens ebenso großgeschrieben als die geltende Rechtsprechung.



Qatargate – wer macht was im Hintergrund

Von Ingo Noack



Die kleine Hand der Arabischen Emirate am Ursprung des Qatargate

Eine Fehde zwischen Ländern hinter der Entstehung des Skandals, der die EU erschüttert? Die Hypothese wurde von einer amerikanischen Website neu aufgelegt

Eine Fehde zwischen arabischen Ländern, eine Abrechnung zur Eroberung einer privilegierten Position in den Beziehungen zu Europa.

Während sich vier Protagonisten von Qatargate darauf vorbereiten, Silvester in den belgischen Gefängnissen zu verbringen, in denen sie seit dem 8. Dezember – ist Hypothese.

Die von einer Tatsache ausgehen: Die ersten, die in Belgien in die Fußstapfen von Antonio Panzeri, einem ehemaligen Abgeordneten der Demokratischen Partei, treten, sind die örtlichen Geheimdienste.

Zweite Tatsache: Die Probleme, die die Untersuchung für die katarische Regierung schafft, die riskiert, dass jahrelange Manöver und Bestechungsgelder, um sich bei der EU einzuschmeicheln, in Rauch aufgehen, werden von den rivalisierenden Golfstaaten von Katar mit Befriedigung gesehen, mit Test die VAE, Protagonisten wiederum jahrelanges intensives Lobbying auf den Gängen des Europäischen Parlaments, um sich als zuverlässigster Gesprächspartner zu akkreditieren.

Ist die Regierung von Abu Dhabi an der Explosion des Skandals beteiligt?

Die Frage wurde vor einigen Tagen von der Dagospia-Website aufgeworfen. Gestern wurde das Thema von der US-Nachrichtenseite Nyweekly.com neu aufgelegt und untersucht, die direkt Tahnoon bin Zayed Al Nahyan, den Bruder des Präsidenten der Emirate und Chef der lokalen Geheimdienste, in Frage stellt.

Die Seite rekonstruiert die Kontakte, die der Chef von Abu



Dhabi 007 angeblich sowohl in Amerika als auch in Europa hergestellt hat, verknüpft dieses Netzwerk mit einigen gezielten Operationen gegen Katar und beschuldigt Abu Dhabi, den Skandal inszeniert zu haben, um von Ermittlungen abzulenken, die in Brüssel am durchgeführt wurden Aktivitäten von Lobbyisten im Sold der Emirate.

Die Jagd nach dem „Anstifter“ stellt zwar nicht die Ernsthaftigkeit dessen in Frage, was – angefangen bei den Säcken voller Geld – gegen Panzeri und das um ihn kreisende Netzwerk auftaucht, aber es würde vielleicht helfen, die Geschichte besser einzuordnen.

Auch um zu verstehen, ob Panzeris Clique die einzige war, die sich unter Verletzung aller Regeln auf den Gängen des Europäischen Parlaments bewegte, oder ob andere versteckte Lobbys auf Bezahlung anderer Länder aktiv waren (und vielleicht immer noch sind).

Zu den Zufällen, die diese Hypothese stützen, gehört die Rolle der anderen an der Untersuchung beteiligten NGO No Peace without Justice, die von der italienischen Radikalen Emma Bonino gegründet wurde.

Qatargate – Gibt es hier eine Desinformationskampagne oder nicht?

Der Generalsekretär der NGO, Niccolò Figà Talamanca, wurde zur gleichen Zeit wie Panzeri und die anderen festgenommen, und vor zwei Tagen verlängerte das belgische Gericht seine Haft-

trafe.

Was dem Mann genau vorgeworfen wird, ist nicht bekannt, sein Name taucht nicht in den Papieren gegen Panzeri auf, und seine NGO ist – anders als die des ehemaligen italienischen Gewerkschafters – im Transparenzregister des Europäischen Parlaments eingetragen.

Aber in Brüsseler Kreisen wurde darauf hingewiesen, dass Nicola Giovannini, der mit Figà Talamanca an „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit“ arbeitete, im vergangenen Juni einen harten Bericht über die Manöver der Emirate zur Einflussnahme auf Gemeinschaftsentscheidungen vorlegte, der von der NGO Droit au Droit erstellt wurde.

Der 150-seitige Bericht analysierte im Detail die Desinformationsglocken durch die Medien, offizielle und parallele Berichte mit Parteien, Parlamenten, Denkfabriken, die von der Lobby der Emirate geschaffen wurden. Einige Monate später trifft die von den belgischen Geheimdiensten eingeleitete Untersuchung über die „Gerade“ der Dienste von Abu Dhabi die NGO, die den Bericht vorgelegt hat.

Mehr als eine Vergeltung, eine Möglichkeit, die Aufmerksamkeit abzulenken? Ein weiteres der vielen Geheimnisse von Qatargate.

Marocgate

Von Ingo Noack

Kauf von Politikern bleibt in Mode



Pro-Marokko-Informationen

Marocgate: die marokkanische Lobby, die Abgeordnete und Journalisten kauft, um Anerkennung für die Sahara zu bekommen

Wie die Zeitung EL ESPAÑOL erfahren hat, brach der Marocgate-Skandal lange nach Beginn der Lobbyarbeit in Brüssel aus. Seit Jahren werden unzählige Journalisten mit großen Geldsummen dazu verleitet, Pro-Marokko-Informationen zu schreiben.

Mit dem Marocgate-Skandal sind die Namen und Gesichter von Abgeordneten aufgetaucht, die von Marokko gekauft wurden, um die Entscheidungen des Europäischen Parlaments zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Vor allem im Zusammenhang mit der Westsahara, aber auch, um die fehlenden Menschenrechte und individuellen Freiheiten in dem nordafrikanischen Land zu kaschieren.

Dieses Korruptionskomplott der marokkanischen Diplomatie ist weder neu, noch beschränkt es sich auf Europa oder die Bestechung von Politikern, sondern breitet sich seit mehr als einem Jahrzehnt auf andere Machtkreise auf der ganzen Welt aus.

Ein Foto, das 2017 in Rabat aufgenommen wurde, soll die beiden ehemaligen Abgeordneten von Marocgate, Pier Antonio Panzeri und Gilles Pargneaux, zeigen, die von Rabat Geschenke, Luxusreisen und Geld dafür erhielten, dass sie ihre Interessen bei politischen Abstimmungen vertreten.

Finanzielle Unterstützung für EU-Abgeordnete?

In diesem Schnappschuss erscheinen weitere Mitglieder der Fraktion der Sozialisten und Demokraten des Europäischen Parlaments, Sympathisanten des Nachbarlandes, wie der Belgier Hugues Bayet oder die Spanierin Inés Ayala.

Natürlich durfte der Lobbyist Abderrahim Atmoun, gegen den die belgische Justiz wegen Bestechung im Europäischen Parlament ermittelt, nicht fehlen.



ExxonMobil reicht Klage gegen die EU ein

Von Jan Graupner

Amerikanischer Energiekonzern wehrt sich gegen Übergewinnsteuer

ExxonMobil setzt sich gerichtlich gegen Übergewinnsteuer zur Wehr



ExxonMobil reicht Klage gegen die EU ein – Das amerikanische Energieunternehmen ExxonMobil mit Sitz in Texas gehört zu den Konzernen, die im Jahr 2022 aufgrund der gestiegenen Energiepreise einen Umsatzrekord erzielen konnten.

In der EU ist geplant, dass Unternehmen zukünftig auf einen Teil dieser Übergewinne in Zukunft Steuern bezahlen soll.

ExxonMobil sieht dieses Vorgehen der Europäischen Union als nicht rechtskräftig an.

Aus diesem Grund hat das Unternehmen jetzt Klage eingereicht.

Erhoben wurde diese Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Die dortigen Richter sollen im Rahmen der Klage prüfen, ob die EU den vorhandenen rechtlichen Rahmen eingehalten hat oder die Kompetenzen überschritten wurden.

Die EU plant die Übergewinnsteuer als Solidaritätsbeitrag

Die Einführung der Übergewinnsteuer in den Mitgliedsstaaten der EU diene in erster Linie der Senkung der Belastung, die mit den steigenden Preisen für Gas und Strom in diesem Jahr einhergegangen ist.

Intern wird diese Steuer als ein Solidaritätsbeitrag deklariert.

Energiekonzerne wie ExxonMobil hätten in diesem Jahr stark von den Preiserhöhungen profitiert.

Als Auslöser gilt der Krieg in der Ukraine, wodurch es auf politischer Ebene durchaus Zweifel daran gibt, ob zusätzliche Gewinne in Milliardenhöhe gerechtfertigt sind.

Ein eigener Vorschlag, die Kunden finanziell zu entlasten, blieb von Seite der Energiekonzerne aus.

Vertreter der EU halten die Übergewinnsteuer für rechtskonform – ExxonMobil reicht Klage gegen die EU ein

Sprecher der Europäischen Union gaben an, die Klage von ExxonMobil zur Kenntnis genommen zu haben. Die Klage sei jedoch für die EU noch kein Grund zur Sorge. Nach Ansicht der EU sei vor der Festlegung dieser neuen Abgabe für Energieunternehmen eine gründliche Prüfung erfolgt.

Im Rahmen dieser Prüfung sowie in Anbetracht der bestehenden rechtlichen Mittel innerhalb der Gesetze der Europäischen Union sei nicht davon auszugehen, dass die Richter am Europäischen Gerichtshof einen Grund zur Beanstandung finden werden.

Nach Einschätzung von ExxonMobil stehe es der EU nicht zu, eine zusätzliche Steuer zu erheben, die dem Zweck diene, die finanzielle Belastung durch die gestiegenen Energiekosten zu reduzieren.



Foto des Monats



Der Euro rutscht weiterhin gegenüber dem
Dollar ab

Mittelständler von Energieknappheit stark betroffen

Von Ingo Noack

Die deutschen Mittelständler sind von der Energieknappheit stark betroffen

Mittelständler von Energieknappheit stark betroffen – Die Energiekrise ist eine ernste Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Mittelstandsunternehmen. 88 Prozent der befragten Unternehmer erklärten, dass die gestiegenen Energiekosten ihr Unternehmen belasten. Vor einem halben Jahr waren es nur 82 Prozent der Unternehmer, die diese Aussage getroffen haben.

Die aktuelle Lagebeurteilung der deutschen Mittelstandsunternehmen ist weiterhin zufriedenstellend. Diese Einschätzung wird insbesondere durch die Verminderung der Investitionsneigung bestärkt: Denn im Gegensatz zu den Vorjahren steigt der Anteil der befragten Unternehmer, die in diesem Jahr mehr investieren als in den letzten 12 Monaten, deutlich an.

Der Fachkräftemangel ist weiterhin ein wichtiges Problem für den Mittelstand, vier von fünf Befragten identifizieren ihn auch weiterhin als dringendes Problem. In der Frühjahrsumfrage waren es mit 83 Prozent der Befragten aber noch etwas mehr gewesen.

Auf Rang 3 der von den Mittelständlern derzeit meistgenannten Problemfelder folgt wie schon in der Frühjahrsumfrage die Sorge um die hohen Rohstoff- und Materialkosten.

Auch dies betrifft rund 80 Prozent der Befragten und damit nur marginal weniger als vor einem halben Jahr (81 Prozent). Im Bau und im Ernährungsgewerbe sind es sogar jeweils 91 Prozent. Noch im Frühjahr 2021 belasteten die Rohstoff- und Materialkosten für knapp 56 Prozent der Befragten.

Sorge um die hohen Rohstoff- und Materialkosten

Die bilanzpolitischen Maßnahmen der mittelständischen Firmenkunden der



Volksbanken und Raiffeisenbanken haben in den Jahren 2020 und 2021 weiter zur Verbesserung der Bilanzqualität geführt. Nach aktuellem Datensatz kletterte der Bilanzqualitätsindex 2020 um unerwartet deutliche 26,8 Punkte auf 154,7 Punkte an.

Anschließend steigerte sich dieser Index im folgenden Jahr 2021 um ebenfalls überraschend deutliche 10,7 Punkte auf 165,4 Punkte.

Im Frühjahr 2022 zeichnete sich für die beiden Jahre noch wesentlich schwächere Anstiege ab als bisher erhofft.

Dennoch entsprachen die Bilanzqualitätsindexwerte in aller Regel dem langfristigen Trendwert von 150 bis 155 Punkten.

Energiekrise ernste Bedrohung für Wettbewerbsfähigkeit der Mittelstandsunternehmen – Mittelständler von Energieknappheit stark betroffen

Die Studie „Mittelstand im Mittelpunkt“

bietet eine vollständige Untersuchung des deutschen Mittelstands. Es besteht aus der VR-Bilanzanalyse und der VR-Mittelstandsumfrage. Die VR-Mittelstandsumfrage wurde im Zeitraum vom 12. September bis zum 17. Oktober 2022 durchgeführt.

Zu den Befragten gehören Unternehmer und Geschäftsführer von mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Es basiert auf einer Stichprobe von mehr als 1.000 Unternehmen. Die VR Bilanzanalyse basiert auf Abschlussdaten, d.h. Bilanzen und Erfolgsrechnungen, die mittelständischen Firmenkunden zur Verfügung gestellt haben.

Ein Blick auf das Krisenjahr 2020 verdeutlicht, dass die betriebswirtschaftliche Entwicklung in den Unternehmen stark variierte. Einige Unternehmen konnten ihren Umsatz und Gewinn trotz schlechter Konjunkturbedingungen steigern, andere mussten empfindliche Verluste hinnehmen.



Legalisierung von Cannabis als neue wirtschaftliche Nische

Von Lars Weber



Bringt die Legalisierung von Cannabis neue Wirtschaftsmodelle mit sich?

Legalisierung von Cannabis als neue wirtschaftliche Nische – Die neue Bundesregierung hat sich nicht nur mehr Nachhaltigkeit auf die Fahne geschrieben.

Die Legalisierung von Cannabis in Deutschland ist ein weiterer Punkt, der in der Amtszeit der Ampelregierung umgesetzt werden soll.

Zu rechnen ist damit, dass im Jahr 2024 ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht wird.

Wäre weder der Besitz noch Handel mit Cannabis als Rauschmittel strafbar, ergeben sich auch für die Wirtschaft neue Perspektiven.

Einige Wirtschaftszweige haben zu diesem Zweck bereits

ihre Fühler ausgestreckt, um zu analysieren, welche Vorteile mit dem Anbau oder Verkauf von Hanfpflanzen verbunden sein könnten.

Landwirte sehen im Anbau von Cannabis eine Alternative zur Viehzucht

Landwirtschaftliche Betriebe, die sich auf die Zucht von Rindern, Schweinen oder Geflügel spezialisiert haben, stehen seit Jahren in der öffentlichen Kritik.

Negativ behaftet ist mit der Viehzucht unter anderem schlechte Haltungsbedingungen für die Tiere.

Die Landwirte müssen sich zudem gefallen lassen, eine schlechte Klimabilanz durch die Zucht oder Mast von Tieren zu betreiben.

Auf der anderen Seite ist in vielen Betrieben der finanzielle Gewinn so schlecht bestellt, dass sich dieser Bereich der Landwirtschaft kaum noch bezahlt macht.

Der Ausblick auf die Legalisierung von Cannabis wird von einigen Landwirten schon jetzt als ein potenzieller Ausweg aus der Viehzucht verstanden.

Verbände warnen davor, Cannabis unkontrolliert abzugeben – Legalisierung von Cannabis als neue wirtschaftliche Nische

Die Legalisierung alleine wäre nicht der richtige Weg, um sich aller juristischen Probleme zu en-

tledigen, die in Verbindung mit dem Besitz und dem Rausch mit THC stehen.

Verbände, die sich schon heute mit therapeutischem Cannabis beschäftigen, warnen daher davor, ein Gesetz zu verabschieden, welches eine unkontrollierte Abgabe vorsehen würde.

Auf diese Weise wäre das Risiko sehr hoch, dass auch andere Gesetze in Vergessenheit geraten würden.

Dazu gehört zum Beispiel das Verbot, ein Fahrzeug im Rausch zu fahren. Im Rahmen der geplanten Legalisierung ist somit noch ausreichend Gesprächsbedarf vorhanden.



Höhere Bürgschaften für den Mittelstand

Von Ingo Noack

Mittelstand wird ab 2023 stärker unterstützt

Höhere Bürgschaften für den Mittelstand – Der Mittelstand in Deutschland rückt im Jahr 2023 wieder stärker in den Fokus der Politik.

Nach mehreren durchwachsenen Jahren soll der Mittelstand im nächsten Jahr wieder zu einem Motor für die Wirtschaft werden.

Zu diesem Zweck ist unter anderem geplant, mittelständischen Unternehmen finanziell unter die Arme zu greifen.

Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, den vorhandenen Investitionsbedarf im Mittelstand mit der Unterstützung von Bürgschaften zu decken.

Zu erhalten sind die benötigten Beträge über Bürgschaftsbanken und Mittelständische Beteiligungsgesellschaften.

Der Strukturwandel des Mittelstands, der zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich dringend benötigt wird, hängt insofern weniger stark von dem vorhandenen Eigenkapital der Betriebe ab.

Das Beteiligungskapital wird auf 1,5 Millionen Euro angehoben. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz teilte erste Einzelheiten der für das nächste Jahr geplanten Offensive für den Mittelstand mit.

Geplant ist schon zum 1. Januar 2023 eine Erhöhung des Beteiligungskapitals.

Die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften haben folglich ab Januar die Möglichkeit, Unternehmen mit bis zu 1,5 Millionen Euro zu unterstützen.

Bis zum Ende dieses Jahres liegt diese Summe noch bei 1 Million Euro.

Bürgschaftsbanken können zum neuen Jahr ebenfalls bis zu 2 Millionen Euro pro Unternehmen anbieten.

Diese Anhebung soll die Klimaneutralität von Unternehmen vorantreiben sowie den Standort Deutschland wieder attraktiver gestalten.

Der Mittelstand sieht in den Änderungen ein positives Signal – Höhere Bürgschaften für den Mittelstand

Erste Reaktionen von Vertretern des Mittelstands lassen erahnen, dass die höheren Bürgschaften und Beteiligungen als ein positives Signal für den Start in das nächste Jahr interpretiert werden.

Nach der angekündigten Preisbremse für die stark erhöhten Gas- und Strompreise sehen Unternehmen aus dem Mittelstand mit der Unterstützung von Bund und Ländern einen guten Zeitpunkt gekommen, um für das nächste Jahr neue Investitionen ins Visier zu nehmen.

Die noch vor wenigen Wochen für das nächste Jahr errechneten Risikofaktoren fallen insofern entsprechend abgemildeter aus.



Woolworth trotz dem aktuellen Abwärtstrend

Von Erwin Schultz

Woolworth muss im Problemjahr 2022 kein Minus verzeichnen

Woolworth trotz dem aktuellen Abwärtstrend – Die Pandemie und die Zugangsbeschränkungen zu Geschäften hat zahlreichen Warenhäusern einen nicht zu leugnenden wirtschaftlichen Schaden verursacht.

Die Geschäftsleitungen dieser Unternehmen haben aus diesem Grund vielfach den Schritt gehen müssen,

Filialen zu schließen, um die geringeren Einnahmen in den Bilanzen auszugleichen.

Eine Warenhauskette, die nicht zu diesen Maßnahmen greifen musste, ist Woolworth.

Die breite Auswahl an Produkten in den Geschäften von Woolworth lockten die Käufer auch weiterhin in die Läden zum Einkaufen.

Das Unternehmen ist daher dem vor einigen Jahren eingeschlagenen Expansionskurs treu geblieben.

Im Jahr 2022 eröffnete das Unternehmen alleine in Deutschland 50 neue Filialen.

Angestrebt wird ein Filialnetz in Deutschland, welches aus mindestens 1000 Geschäften bestehen soll. Aktuell ist dieses Ziel zu etwas mehr als der Hälfte erreicht.

Das Konzept von Woolworth geht auf

Während Kaufhausketten wie Karstadt sich versucht haben

in möglichst allen Großstädten anzusiedeln und den Markt in mittleren Städten eher bereit waren aufzugeben, hat Woolworth ein anderes Konzept verfolgt.

Die Spitze des Unternehmens hat in diesen Städten eine Marktlücke durch die wegfallende Konkurrenz erkannt.

Die Eröffnung einer neuen Woolworth-Filiale wurde in Städten mit zuvor geschlossenen Kaufhäusern entsprechend positiv aufgenommen.

Woolworth bevorzugt zudem kleinere Geschäfte und ein Sortiment, welches sich nicht nur an Kunden aus den gehobenen Einkommensklassen richtet.

Die Kunden nehmen dieses Konzept dankbar auf und werden trotz Onlineshopping dem persönlichen Einkauf vor Ort nicht untreu.

Woolworth ist eine Bereicherung für die Innenstädte – Woolworth trotz dem aktuellen Abwärtstrend

Sterbende Innenstädte ist ein Problem, welches sich in vielen deutschen Städten inzwischen ausgebreitet hat. Mit erfolgreichen Warenhäusern wie Woolworth sehen auch andere Händler in der Nähe einen positiven Effekt auf die eigenen Umsätze.

Menschen, die zum Einkaufen bereits das Haus verlassen haben, nehmen sich sehr viel wahrscheinlicher die Zeit dafür, auch andere Punkte vom aktuellen Einkaufszettel abhaken zu wollen.



Die Baubranche steckt in der Krise

Von Ingo Noack

Statistisches Bundesamt meldet Rückgang der Baugenehmigungen
 Baubranche steckt in der Krise – In Deutschland fehlt es seit Jahren an einer ausreichenden Anzahl an Wohnraum.

Die in diesem Jahr aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteten Menschen haben diese kritische Ausgangslage nochmals verschärft.

Zum Ende des Jahres wird ersichtlich, dass die Anzahl der zurückgehenden Baugenehmigungen für diese Situation weitere Hindernisse mit sich bringen.

Bereits zum sechsten Mal in Folge musste in diesem Jahr ein Rückgang der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen durch das Statistische Bundesamt vermeldet werden.

Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2021 ist die Anzahl um 14,2 % zurückgegangen.

Der größte Rückgang sei laut den Statistischen Erhebungen bei den Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser zu beobachten.

Die Baubranche warnt vor weiteren Auftragsrückgängen

In der Baubranche ist diese Entwicklung nicht erst seit Beginn des Herbstes klar zu erkennen.

Die Branche warnt bereits seit dem Frühjahr davor, dass sich der Wettbewerb um Wohnraum durch die geringere Anzahl an Bauprojekten nochmals verschärfen könnte.

Zunächst waren die durch den Krieg in der Ukraine gestiegenen Preise für Baumaterialien für das nachlassende Interesse verantwortlich.

Inzwischen machen potenziellen Bauherren auch die gestiegenen Kreditkosten zu schaffen.

Die Zinsen für Finanzierungen sind nach der Erhöhung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank ebenfalls angestiegen.



Sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen, scheitert damit immer häufiger an den Mehrkosten der Finanzierung.

Die Bundesregierung gerät durch den Rückgang ebenfalls unter Druck – Baubranche steckt in der Krise

Eines der Versprechen der Ampel-Regierung kurz nach der Wahl war es, mehr Wohnraum in Deutschland zu schaffen. Die aktuelle Ausgangslage animiert weder private Bauherren noch Investoren dazu, zum aktuellen Zeitpunkt ein Bauprojekt voranzutreiben.

Somit herrscht aktuell eine Wartestimmung, die zwar von der Baubranche jedoch so gut wie nicht von der Politik thematisiert wird. Bundesbauministerin Klara Geywitz stellte jedoch klar, dass das anvisierte Ziel von 400.000 neuen Wohnungen in diesem Jahr nicht zu erreichen sei.

”
**Energieintensive
 Betriebe nutzen häufiger
 Kurzarbeit**



Neues Grundsatzurteil zu Verjährungsfristen für Urlaub

Von Lars Weber



Bundesarbeitsgericht in Erfurt fällt wichtiges Grundsatzurteil Verjährungsfristen für Urlaub – Dürfen nicht genutzte Urlaubstage von Arbeitnehmern verfallen?

Mit dieser Frage mussten sich in diesem Jahr auch die Richter am Bundesarbeitsgericht in Erfurt beschäftigen.

Hintergrund war der Fall einer Steuerfachangestellten aus NRW. Die Frau hatte in fünf Jahren mehr als 100 Urlaubstage angesammelt.

Vor Gericht gab die Frau an, aufgrund des hohen Arbeitspensums nicht in der Lage gewesen zu sein, einen günstigen Zeitraum zum Einreichen des Urlaubs gefunden zu haben.

Die Gegenseite argumentierte dagegen, dass ein Großteil dieser Urlaubszeit jetzt verfallen wäre und die Angestellte keinen Anspruch auf Urlaub oder eine finanzielle Vergütung des Urlaubsanspruches hätte.

Dieser Sichtweise schlossen sich die Richter nicht an und fällten ein Urteil, welches die Rechte der Angestellten stärkte.

Der Richterspruch gilt als Grundsatzurteil

Über nicht in Anspruch genommene Urlaubstage sowie unbezahlte Überstunden entsteht in deutschen Betrieben nach wie vor am häufigsten Streit zwischen den Angestellten und ihren Vorgesetzten.

Das im Dezember ergangene Urteil des Bundesarbeitsgerichts wird daher mit einem Grundsatzurteil gleichgesetzt.

Der Richterspruch des höchsten deutschen Arbeitsgerichts kann somit auch in zukünftigen Verfahren als Beweis für die eigene Position herangezogen werden.

Das Gericht hat im gleichen Urteil jedoch auch festgestellt, dass eine Verjährung rechtskräftig sein kann, wenn die Angestellten zuvor auf diese Möglichkeit hingewiesen wurden.

Im vorliegenden Fall waren diese Warnung vor einer Verjährung jedoch nicht ausgesprochen worden.

Unternehmen werden auf das Urteil reagieren – Verjährungsfristen für Urlaub

Ein Urteil dieser Art hinterlässt in der Regel auch in der Wirtschaft ein deutlich wahrnehmbares Echo.

Als Konsequenz werden zahlreiche Unternehmen interne Prüfungen vornehmen lassen, um das eigene Vorgehen zu prüfen. Korrekturen vorzunehmen schafft auf beiden Seiten mehr Klarheit und schützt somit auch die Firmen davor, sich einem Rechtsstreit mit einem der Angestellten aussetzen zu müssen.

Eine Verpflichtung zum Informieren der Angestellten besteht schon seit dem Jahr 2019. Wie der aktuelle Fall unter Beweis stellt, ist diese Praxis längst noch nicht in allen Bereichen der Wirtschaft angekommen.



Entsorgung von Medikamenten

Von Verena Günther-Gödde

Falsche Entsorgung von Medikamenten gefährdet Umwelt

Die richtige Entsorgung von Medikamenten ist bei vielen Menschen immer noch nicht angekommen. Wenn Pharmazeutika aber im Abwasser landen, sind alle Bürger gefährdet. Und das tun sie, wenn sie per Toilette aus dem Haushalt entfernt werden.

Das Magazin „Science“ gab mit einem Bericht den Anstoß, die nachlässige Entsorgung von Medikamenten wieder ins Bewusstsein zu rücken. Die Chemikalien in Abwasserkanälen stellen eine erhebliche Umweltverschmutzung dar. Sie können auf negative Weise mit der Gefährdung durch CO₂-Ausstoß mithalten.

Medikamente führen zu belasteten Gewässern

Durch die falsche Entsorgung von Medikamenten landen die Rückstände der Substanzen in den Kläranlagen. Doch der größte Teil dieser Anlagen hat keine Vorrichtungen, um die synthetischen Chemikalien herauszufiltern. Also gelangen sie über fließende Gewässer in den Wasser-

kreislauf der Natur.

In deutschen Gewässern fand man Restbestände von über 400 Medikamenten, darunter auch solche für Tiere.

Das teilte das Umweltbundesamt mit. Die falsche Entsorgung von Medikamenten ist, gemessen an anderen Ländern, noch gering. Doch auch kleinste Ansammlungen sind ökologisch schädlich.

Die Gesamtheit der Auswirkungen bei der falschen Entsorgung von Medikamenten ist noch nicht umfassend erforscht.

Aber man kennt Einzelheiten. In Indien traf es die Tierwelt.

Geier, die mit der Arznei Diclofenac behandelte Tiere fraßen, starben an Nierenversagen.

Man weiß auch, dass viele Antibiotika sich weltweit negativ auf das Wachsen von Algen auswirken.

Neue Regelung ab 2035 angestrebt – Entsorgung von Medikamenten

Der Bundesverband für der Energie- und

Wasserwirtschaft sah schon vor 5 Jahren besorgt in die Zukunft. Er wies darauf hin, dass die Einnahme von Medikamenten in der Humanmedizin steigen wird.

Deshalb sollten die Hersteller den Faktor Umweltschutz einbeziehen. Eine Möglichkeit wäre eine spezielle Abgabe, mit der man die Aufstockung der Kläranlagen finanziell stemmen könnte.

Diese Maßnahme, der falschen Entsorgung von Medikamenten entgegenzuwirken, könnte aber verfassungsrechtlich bedenklich sein.

Die EU-Kommission strebt allerdings bis 2035 eine verpflichtende weitere Reinigungsphase für Kläranlagen ab einer bestimmten Größe an. Die technischen Möglichkeiten, Medikamentenrückstände zu entfernen, bieten z. B. ultraviolettes Licht und Aktivkohle.

Wer die richtige Entsorgung von Medikamenten gewährleisten will, kann sich an eine Apotheke wenden. Alternativ können sie in den Restmüll wandern oder bei einem Recyclinghof abgeliefert werden.



EU setzt sich für verschärften Patentschutz ein

Von Heinz Kölzer

Europäische Union wendet sich an die Welthandelsorganisation

EU setzt sich für verschärften Patentschutz ein – Patente auf neue Technologien und Produkte sind für Unternehmen bares Geld wert.

In jedem Jahr gibt die Europäische Union Millionensummen dafür aus, gefälschte Waren nach Möglichkeit schon an den Grenzen aus dem Verkehr zu ziehen.

Ein Großteil dieser Waren stammt aus China. Versuche, mit der chinesischen Regierung zu erzielen, waren in den zurückliegenden Jahren von wenig Erfolg gekrönt.

Die EU wendet sich aus diesem Grund jetzt an die WTO.

Die Welthandelsorganisation soll eine offizielle Streitschlichtung in Auftrag geben.

In den Panels sollen beide Seiten ihre Sicht der Dinge vortragen und durch den Streitschlichter eine Einigung erzielen.

Die EU wirft China vor ungerechtfertigten Druck auszuüben Unternehmen, die auf dem chinesischen Markt aktiv sind, müssen ihre Patente auch in China anmelden.

Mit dem Erhalt eines gültigen Patents verpflichten sich die Inhaber allerdings dazu, keine Rechtsmittel gegen Patentver-

letzungen im Ausland einzulegen.

Das bedeutet, dass andere Unternehmen keine vergleichbaren Produkte auf den chinesischen Markt bringen können.

Tritt diese Verletzung des Patentrechts außerhalb von China auf, wird Unternehmen die rechtliche Handhabe entzogen.

Verstöße werden mit täglichen Bußgeldern in bis zu sechsstelliger Höhe geahndet.

Die erste Anhörung soll noch vor Weihnachten erfolgen – EU setzt sich für verschärften Patentschutz ein

Der erste Termin in dieser Sache ist für den 20. Dezember angesetzt. Bei diesem Treffen steht des China zu, sich gegen die Streitschlichtung auszusprechen.

Die vorhandenen Einsprüche und Rechtsmittel können ein solches Verfahren entsprechend in die Länge ziehen. Es ist deshalb nicht ungewöhnlich, dass sich diese Panels ganze 18 Monate in die Länge ziehen.

In dieser Zeitspanne steht es China frei, die vorhandenen Gesetze rund um das Patentrecht weiter anzuwenden.

Die Europäische Union plant im Gegenzug Strafzölle auf chinesische Produkte zu verhängen, um den Innovationen europäischer Unternehmen einen besseren Schutz zu gewähren.



Rentiert sich die Landwirtschaft durch Agri-Photovoltaik wieder?

Von Vladimir Lusin

Ist Agri-Photovoltaik die Zukunft der Landwirtschaft?

Rentiert sich die Landwirtschaft durch Agri-Photovoltaik wieder – Knapp die Hälfte der Gesamtfläche Deutschlands fällt in die Kategorie der landwirtschaftlichen Nutzung.

Auf der Suche nach neuen Plätzen für Solarkraftanlagen hat sich eine Initiative formiert, die gezielt diese Flächen einer kritischen Begutachtung unterzogen hat.

In diesem Verbund beschäftigen sich Landwirte, Klimaschützer und Forscher mit der Frage, ob die Agri-Photovoltaik einen entscheidenden Beitrag für die Energiewende leisten könnte.

Erste Versuche auf Feldern und anderen landwirtschaftlichen Flächen zeigt, dass durchaus Potenzial für beide Seiten vorhanden ist.

Die Größe der Anlagen und des erzeugten Stroms könnte Landwirte nicht nur autark vom Stromnetz machen, sondern

auch die Jahreseinnahmen eines landwirtschaftlichen Betriebs erhöhen.

Die Anlagen bieten nicht nur einen monetären Vorteil

In den bisher durchgeführten Versuchen in der Praxis haben die Forscher in Zusammenarbeit mit den Landwirten einige wichtige Erkenntnisse gewonnen.

Die erste Erkenntnis besteht in der Lage der Solarpanels.

Nicht auf allen Feldern bietet es sich an, die Anlagen in Bodennähe zu installieren.

Durch eine erhöhte Position zeigte sich, dass die heranwachsenden Feldfrüchte, Sträucher und Bäume durch die Überdachung einen Schutz vor Regen, Hagel oder zu strahlendem Sonnenschein genießen.

Die Agri-Photovoltaik könnte somit einzelne Faktoren reduzieren, die in der Vergangenheit zu schlechteren Er-

teergebnissen geführt hat.

Landwirte wären auf finanzielle Unterstützung angewiesen – Rentiert sich die Landwirtschaft durch Agri-Photovoltaik wieder

Tausende Quadratmeter mit Solaranlagen auszustatten und die Struktur für die Einspeisung im Netz zu schaffen, ist eine finanzielle Belastung, die kaum ein Landwirt in Deutschland von heute auf morgen stemmen könnte.

Um das vorhandene Potenzial dennoch ausschöpfen zu können, ist laut Ansicht der Experten auch die Politik gefragt. Nach deren Berechnungen steckt in 1 % der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands das Potenzial, bis zu 9 % des täglichen Strombedarfs zu decken.

Neben der finanziellen Unterstützung wird zudem angeregt, das Genehmigungsverfahren weniger zeitaufwändig zu gestalten, um dadurch Landwirte mit Interesse an der Agri-Photovoltaik nicht schon im Vorfeld abzuschrecken.



Corona

Von Verena Günther-Gödde



Kann Corona eine neue Pandemie auslösen?

Corona – Professor Matthias Glaubrecht ist Direktor des Centrums für Naturkunde an der Universität Hamburg. Er beschäftigt sich mit Biodiversität.

In einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung äußert er sich zur Zunahme der Zoonosen.

Das sind Übertragungen von Krankheiten von Tieren auf Menschen. Er zählt Corona dazu.

Kam Corona von Laos nach China?

Glaubrecht geht davon aus, dass es sich bei Corona um eine Zoonose handelt.

Dass sie im Labor entstand, hält er für reine Spekulation.

Weil das Virus sich in natürlicher Form bei Fledermäusen findet, die in Laos beheimatet sind.

Sie hätten die 2000 Kilometer nach Chi-

na überwunden, indem die südostasiatischen Hufeisennasen-Fledermäuse als Überträger dienten.

Nämlich auf die Wildtiere, die lebend oder tot auf dem Markt in Wuhan landeten.

Der Grund hierfür wiederum war nach Ansicht des Professors die Schweinepest.

Das Keulen der Tiere verursachte eine Lücke in der Versorgung.

Sie wurde durch Wildtiere aller Art gefüllt. So soll Corona in chinesische Gebiete eingeschleppt worden sein.

Auch für ihn kam Corona überraschend, führt Glaubrecht aus und erinnert daran, dass es am Anfang nicht ernst genug genommen wurde, obwohl es zahlreiche Hinweise auf eine schwerwiegende Pandemie gab.

Weitere Forschung an Zoonosen erforderlich

Da Corona nach seiner Auffassung zu den Zoonosen zählen, hält der Hamburger es

für wichtig, intensiv an der Erreger-Übertragung von Tieren auf Menschen zu forschen.

Auch diese Problematik würde zurzeit nicht ernst genug genommen. Er sieht weitere Zoonosen kommen, die die Menschen möglicherweise genauso unvorbereitet treffen wie Corona.

Kann man Zoonosen wie Corona zukünftig vermeiden oder die Gefahr verringern? Ein Weg dahin wäre, Märkte und Handel mit Wildtieren zu untersagen. Glaubrecht setzt außerdem darauf, Pelztierfarmen systematisch zu kontrollieren.

Außerdem sollte das Gesundheitswesen in afrikanischen Staaten besser ausgebaut werden. Gerade hier war der Kampf gegen Corona oft aussichtslos.

Grundsätzlich kann die nächste Pandemie nicht vorhergesehen werden. Wissenschaftler sehen im Vogelgrippevirus zum Beispiel eine große Gefahr für eine Pandemie. Doch ebenso könnte ein Erreger, der eine Variante von Corona darstellt, weltweit zuschlagen.



Verhindert Klonen das Aussterben von Tierarten?

Von Verena Günther-Gödde

Chinesen klonen Polarwolf

Verhindert Klonen das Aussterben von Tierarten – Kann das Aussterben von Tieren durch Klonen verhindert werden?

Diese Frage greift die Hannoversche Allgemeine Zeitung im November dieses Jahres auf.

Der Problematik widmet sich das Friedrich-Loeffler-Institut in Neustadt am Rübenberge.

Es führt von Zeit zu Zeit entsprechende Versuche durch.

Sie dienen der Forschung.

Dabei geht es allerdings um Nutztiere in der Landwirtschaft.

Das Institut klonete vor 16 Jahren einen Bullen der Rasse „Lakenvelder“. Sie drohte auszusterben.

Das Klonen konnte sie retten.

Der Bulle widmete sich erfolgreich seiner Arterhaltung.

Klonen ist kein Ersatz für Erhalt der Biodiversität

Das Forscherteam kennt aber auch die Probleme beim Klonen. Vor allem liegt ein positives Ergebnis nur bei maximal 3 %.

Bislang sind die notwendigen Vorgänge zu vielfältig.

Die zur Verfügung stehende Eizelle müsste innerhalb eines Tages ihre Produktion von Vererbungsinformationen verändern. Das ist eher ein Glückfall als von Erfolg gekrönt.

Man kann nicht davon ausgehen, dass Tierarten erhalten bleiben, weil sie geklont werden.

Zurzeit kommen für das Klonen Vertreter von Säugetier-Arten, Fischgattungen, Amphibien und einige Insekten in Frage.

Bei Reptilien und Vögeln muss man Keimzellen und Spermien einfrieren, um sie



später zu verpflanzen.

Darauf machen Wissenschaftler der amerikanischen Unternehmung Revive and Restore aufmerksam.

Um die Biodiversität zu erhalten, müsste die Umwelt geschont und für die bedrohten Tiere wieder aufbereitet bzw. wieder zur Verfügung gestellt werden. Die genetische Vielfalt der Natur dürfte nicht zerstört werden. Klonen kann dafür keinen Ersatz leisten.

Chinesen klonen Polarwolf – Verhindert Klonen das Aussterben von Tierarten

Klonen als Rettung für bedrohte Tierarten kam als Thema wieder auf, weil das chinesische Unternehmen Sinogene Biotechnology Company im September einen geklonten Polarwolf vorstellte.

Die Erbinformationen für „Maya“ hatte man dem gleichnamigen arktischen Wolf entnommen, der in einem chinesischen Wildpark lebte. Sie stammten aus Hautpartikeln. Die Zellkerne pflanzte man in kernlose, unreife Eizellen von Hunden ein. So entstanden Dutzende von Embryonen. 7 davon implantierte man Hunden. Das Verfahren wird als somatischer Zellkerntransfer bezeichnet.

Aus den Embryonen entwickelte sich nur Maya vollständig. Eine Beagle-Hündin brachte sie zur Welt. Der Polarwolf ist gesund und soll bald Mitglied eines Rudels von Artgenossen werden. Dies war nicht der erste Versuch der Chinesen.

Brustkrebs

Von Christina Schmidt

Warum Sie gut auf sich achten sollten

Jüngst verstarb das Topmodel Tatjana Patitz an Brustkrebs. Ein trauriges Schicksal – eines unter vielen.

Denn jährlich erkranken mehrere tausend Frauen an Brustkrebs.

Im Frühstadium lässt sich diese Krankheit eigentlich gut behandeln, sodass eine realistische Heilungschance besteht.

Wie Sie am besten auf sich und Ihren Körper achten, erfahren Sie hier.

Zahlen und Fakten Brustkrebs

Brustkrebs ist die häufigste Krebsdiagnose, die es gibt. Rund 70.000 Frauen erhalten jährlich in Deutschland eine entsprechende Diagnose, wie das Robert-Koch-Institut (RKI) offenlegt.

Anders, als bei anderen Karzinomen findet sich Brustkrebs auch bei diversen Frauen jüngeren Alters, sodass Sie bereits als junge Frau achtsam mit Ihrem Körper umgehen sollten.

Zwar ist die Wahrscheinlichkeit, an Brustkrebs zu erkranken, im Alter von Mitte bis Ende 60 am höchsten, dennoch steigt das Erkrankungsrisiko ab einem Alter von 25 Jahren deutlich an.

Neben dem regelmäßigen Besuch beim Frauenarzt sollten Sie darum unbedingt Ihre Brust regelmäßig abtasten. Ihr Arzt/Ihre Ärztin wird Ihnen erklären, wie Sie dabei am besten vorgehen.

Warnzeichen, auf die Sie achten sollten

Tumore sind in der Regel erst ab einem Durchmesser von etwa einem Zentimeter mit den Fingern ertastbar.

Aus diesem Grund sollten Sie auch auf weitere Warnzeichen achten.

Unterschiede zwischen beiden Brüsten



in Form oder Größe

Die Brustwarze scheint eingezogen

Rötliche oder schuppige Haut im Brustbereich

Brennen oder ziehende Schmerzen in einer Brust

Auffällige Hautstruktur, wie zum Beispiel das stellenweise Einziehen der Haut oder die

Hautstruktur einer Apfelsine

Verhärtete Knötchen im Brust- oder Achselbereich

Absonderungen aus der Brustwarze

Sollten Sie einen oder mehrere der beschriebenen Faktoren bei sich beobachten, vereinbaren Sie unbedingt einen Arzttermin. Je eher ein mögliches Krebsleiden entdeckt wird, desto größer sind die Chancen auf vollständige Heilung.

Risikominimierung Brustkrebs

Bekanntermaßen steigern der Man-

gel an Bewegung oder die falsche Ernährung das Risiko, ein Krebsleiden zu entwickeln. Das Risiko, an Brustkrebs zu erkranken, kann um bis zu 25% gesenkt werden, wenn Sie sportlich regelmäßig aktiv sind.

Auch das Konsumverhalten von schädlichen Stoffen wie Alkohol oder Nikotin erhöhen das Brustkrebsrisiko, sodass der Genuss eingeschränkt oder sogar vollständig vermieden werden sollte. Achten Sie in Ihrer Ernährung auf viel Abwechslung.

Obst, Gemüse und Vollkornprodukte sollten Ihren Ernährungsplan dabei dominieren, nehmen Sie weniger gesunde Lebensmittel wie Fleisch- und Milchprodukte hingegen seltener zu sich.

Passen Sie auf sich auf, um Brustkrebs so früh wie möglich zu erkennen und die Erfolgchancen auf Heilung zu maximieren.



Fußball Weltmeisterschaft in Katar nähert sich dem Finale

Von Peter Seemüller

Fußball WM 2022

Bei der Fußball-WM in Katar stehen die Finalteilnehmer fest

Fußball Weltmeisterschaft in Katar nähert sich dem Finale – Es ist nahezu geschafft: In den Halbfinalbegegnungen, die an den letzten beiden Tagen stattfanden, haben sich die Teilnehmer für die Finalbegegnungen qualifiziert.

Am Dienstag, 13. Dezember, standen sich Argentinien und Kroatien gegenüber.

Ausnahmespieler Messi und Mannschaftskollege Alvarez entschieden mit teilweise spektakulären Einzelaktionen die Partie mit dem Endstand 3:0 für Argentinien.

Am Mittwoch, 14. Dezember, zeigten dann die Spieler von Frankreich und die Überraschungsmannschaft von Marokko mit den jeweiligen Fans, wie viel Leidenschaft in diesem Sport stecken kann.



Letztendlich behielt Frankreich mit 2:0 die

Oberhand.

Die Finalbegegnungen der Fußball-WM in Katar

Aus diesen Halbfinalbegegnungen ergeben sich folgende Spielpaarungen:

Am kommenden Samstag treffen Kroatien und Marokko aufeinander.

Beide Mannschaften haben überrascht und waren nicht unbedingt auf den Zetteln von Fußballexperten der Medien. Aber beide haben auch mit viel Leidenschaft und fantastischen Mannschaftsleistungen gezeigt, dass im Fußball immer etwas anders laufen kann als erwartet.

Das macht auch diesen Reiz aus, den diese Sportart auf die Fans und Zuschauer ausübt. Das Spiel beginnt um 16:00 Uhr Mitteleuropäische Ortszeit.



Am Sonntag, 18. Dezember, folgt dann zum Abschluss der Fußball-Endrunde in Katar das Finale zwischen Argentinien und Frankreich.

Beides sind absolute Fußball-Schwergewichte und traditionsreiche Fußballnationen.

Während bei Argentinien vor allem der Weltklassemann Lionel Messi, der aktuell bei Paris Saint-Germain unter Vertrag steht, das Geschehen dominiert, ist es bei Frankreich die kompakte Mannschaftsleistung, die die Mannschaft seit Jahrzehnten zu ihren Erfolgen treibt.

Die Fußballbegeisterten der Welt können sich auf ein spannendes und hoffentlich spektakuläres Finale freuen.

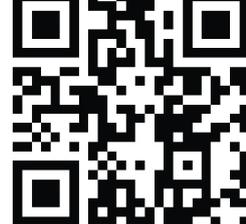
Das Spiel beginnt ebenfalls um 16:00 Uhr MEZ und damit zu einer guten Sendezeit für Europa.

Eine etwas andere Fußball-Weltmeisterschaft geht zu Ende – Fußball Weltmeisterschaft in Katar nähert sich dem Finale

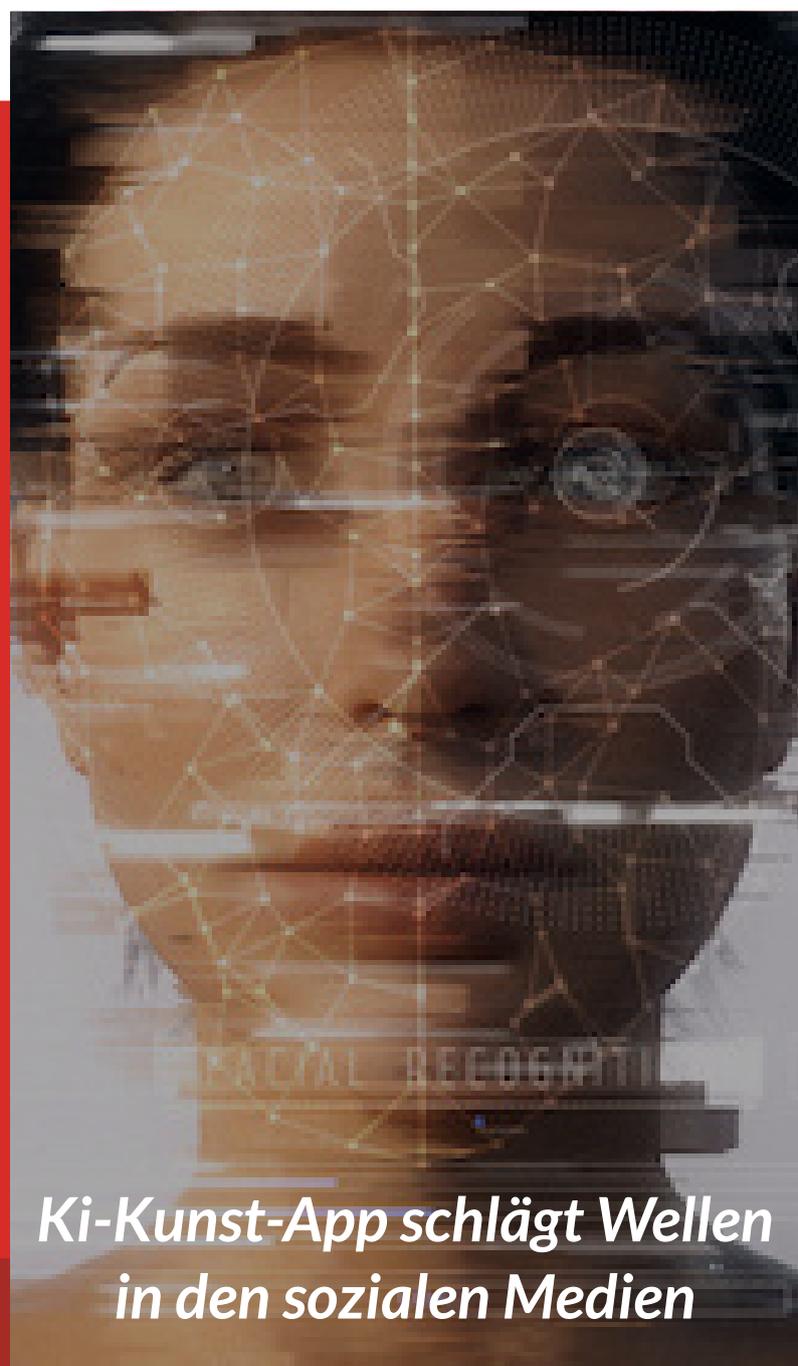
Trotz vieler Einwände gegen diese Fußball-Endrunde im Emirat Katar, haben die Veranstalter gezeigt, dass sie der Herausforderung zur Ausrichtung einer solchen Veranstaltung gewachsen waren.

Eine wichtige Erkenntnis war auch, dass es grundsätzlich möglich ist, Weltmeisterschaften auch in solchen Ländern stattfinden zu lassen, die nicht in gemäßigten Klimazonen liegen.

Natürlich war es ein eine Umstellung für die Fußballwelt, dass eine WM nicht im Sommer stattfand. Dies beinhaltet in der Zukunft aber eine Chance für viele andere Länder auf dieser Welt, Weltmeisterschaften wie in Katar auszurichten.



BERLIN MORGEN



Ki-Kunst-App schlägt Wellen in den sozialen Medien



@BerlinMorgen

Impressum
Berlin Morgen
BM Media Ltd., Brussels Belgium
BM Ltd
VAT: BE0757939588
Web: Berlinmorgen.de
Mail: info@berlinmorgen.de

Bd Barthélémy 20 1000 Bruxelles Belgium
Tel: 0032465692907
Director: Vera Goeminne
Chefredakteur : Ingo Noack
Bildnachweise – Alle Bildnachweise finden Sie
hier